Nummer 7 — Duisburg, den 12. Februar 1910. — Jahrgang 11

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen 2c sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Sei selbständig!

Ja, das will ich, das ist mein Stolz. Wirtschaftliche Selbständigkeit will ich, darum bin ich in einer Gewerkschaft. Politische Selbständigkeit will ich, darum ringe ich um Wissen und Erfahrung im staatsbürgerlichen Leben. So klingt es in uns nach, wenn wir über das Streben des Arbeiterstandes nachdenken.

Nun wohl, Selbständigkeit und Unabhängigkeit von anderen erstreben wir; wir wollen nach eigenem Wissen und Urteil handeln. Doch diese Selbständigkeit und Unabhängigkeit soll auch vollkommen sein.

Da aber scheint, je mehr wir von der Abhängigkeit von oben her uns befreien, je mehr wir demokratischer werden, um so mehr die Abhängigkeit von der „Menge" sich einzustellen. Da sind wir nicht selbständig, und unabhängig. Wir urteilen und denken so oft, wie die Menge um uns, wie die Mehrheit der Arbeitskollegen, der Freunde und Nachbarn, ja, wir denken auch wohl das, was die Gegner in ihrer Kritik an uns aussetzen.

Wir haben zu viel Furcht vor dem Urteil der Menge. „Mit den Wölfen heulen wir zu viel." Da geht ein Geschwätz durch die Fabrik und Werkstatt über diesen und jenen, auch wohl eine Kritik über eine Einrichtung und Vereinigung, die uns lieb. Wir stimmen ein, ohne näher zu prüfen, ob auch alles wahr, was gesagt wird, ob nicht Gründe vorhanden, die das Getadelte sehr wohl rechtfertigen.

Furcht haben wir selbst vor der Kritik der Gegner. Wir sollen ihr zwar keine Angriffswaffen in die Hände drücken, auf daß nicht diejenigen wankend werden, die noch nicht festgegründet genug auf unserer Seite stehen. Aber wir sollen das Gute nicht deshalb unterlassen, weil sich der Spott der Gegner darüber ausgießt. Mancher, der früher recht „kirchlich war", sucht nunmehr sich den Anschein zu geben, als ob er es weniger sei, weil er das Spötteln der Gegner nicht ertragen kann.

Wir haschen auch zu viel nach dem Beifall der Menge. So reden und sprechen, wie es die Hoffnung auf Beifall eingibt, ist ein Buhlen um die Gunst der Menge, ist kein männliches Handeln, gemäß dem, was man selbst für richtig erkannt hat.

Lernten wir doch mehr Furcht und Beifallhaschen verachten, wir wären innerlich freier, selbständiger und unabhängiger.

(Kath. Arbeitertaschenbuch 1910.)

Der Vorstoß der Scharfmacher gegen die Bundesratsverordnung in der Großeisenindustrie.

I.

„Der „Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" richtet an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe v. Sydow eine Eingabe gegen die Bundesratsverordnung in der Großeisenindustrie, die von schlimmstem Scharfmachergeist durchweht ist. In dieser Eingabe werden alle möglichen Gründe ins Feld geführt. Wenn es nach dem Wunsche der Herren vom „Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" ginge, dann wäre jede Arbeiterschutzbestimmung überflüssig und der Konkurrenzfähigkeit der Industrie hinderlich. Die Riesengewinne, welche selbst in der Krisenzeit erzielt werden konnten, beweisen allerdings das Gegenteil.

Mit welchen unwahren Mitteln in der Eingabe vorgegangen wird, beweist der Umstand, daß die Herrn Großindustriellen behaupten, die Arbeiter verlangten die Pausen nicht im Interesse der Ruhe und Erholung, sondern um für die Gewerkschaften agitieren zu können.

Um ein Bild zu bekommen, wie die Eisenindustriellen vorgehen um den Herrn Minister und den Bundesrat gegen die Verordnungen zum Schutze der Hütten- und Walzwerksarbeiter scharf zu machen, bringen wir die Eingabe im Auszug zum Abdruck.

Mit einer Beschwerde gegen die Behörden beginnen die Herren, sie sagen:

„. . . daß die höheren Verwaltungsbehörden von ihrer Befugnis zur Gewährung zulässiger Ausnahmen „in Fällen, wo dies die Natur des Betriebes oder Rücksichten auf die Arbeiter" gebieten, nur ungenügenden Gebrauch machen, daß vielmehr einzelne Gewerbeaufsichtsbeamte, wohl höherer Anweisung folgend, bei Anwendung dieser Bekanntmachung zu scharf vorgehen."

Die ungleichmäßige Ausführung der Bestimmungen sei von Schaden, da sie:

„. . . die technische Sicherheit der Betriebe beeinträchtige, deshalb unter Umständen Gefahren für Gesundheit und Leben der Arbeiter im Gefolge habe und somit nicht allein die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber, sondern auch die der Arbeitnehmer sehr erheblich schädige."

Dann wünschen die Industriellen:

„. . . daß die Ausführung dieser Bekanntmachung des Bundesrats überall gleichmäßig den tatsächlichen Verhältnissen der industriellen Betriebe angepaßt werde."

Wie die rührende Fürsorge für die Arbeiter zu verstehen ist und daß die von den Herren gedachten „tatsächlichen Verhältnisse" für die Arbeiter keine Pausen und Sonntagsruhe erlauben, sehen wir bald. Es heißt weiter:

In § 2, Absatz 1 der Bekanntmachung heißt es: „Alle Arbeiter, die über die Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit (§ 134d Abs. 1 Nr. 1 der Gewerbeordnung) hinaus beschäftigt werden, sind mit Namen in ein Verzeichnis einzutragen, das für jeden einzelnen über die Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit und der Ueberstunden, die er an den einzelnen Tagen geleistet hat, genau Auskunft gibt." Nach dieser Bestimmung sind in dieses Verzeichnis auch die am Sonntag geleisteten Ueberstunden einzutragen. Bekanntlich versteht man unter Ueberstunden diejenigen Ueberarbeiten, die in unmittelbarem Anschluß an eine andere Schicht (gleichviel ob Wochen- oder Sonntagsschicht) ausgeführt werden. Bleibt also z. B. ein Arbeiter, der von Samstag Abend 6 Uhr bis Sonntag Morgen 6 Uhr gearbeitet, hat, etwa bis 8 Uhr an der Arbeit, so leistet er zwei Stunden Ueberarbeit. Werden dieselben zwei Stunden von einem Arbeiter verfahren, der seine letzte Schicht am Samstag Abend um 6 Uhr oder spätestens um 10 Uhr beendet hat, so sind sie nicht als Ueberarbeit anzusehen. Wenn ferner ein Arbeiter von Sonntag Morgen 6 Uhr bis Sonntag Abend 6 Uhr arbeitet, so verfährt er damit an sich keine Ueberschicht, dagegen würde er Ueberarbeit leisten, wenn er über 6 Uhr abends hinaus an der Arbeit bliebe. Selbstverständlich sind auch die Sonntag morgens zu irgendwelchen Zwecken geleisteten Arbeiten nicht als Ueberarbeit anzusehen, sofern sie mindestens acht Stunden nach Beendigung der letzten Schicht des betreffenden Arbeiters beginnen.

In dem Erlaß, den Eurer Exzellenz Amtsvorgänger, Exzellenz Delbrück, unter dem 19. Jan. 1909 an die Herren Regierungspräsidenten usw. gerichtet hat, heißt es: „§ 2 regelt das Verzeichnis der Ueberarbeit, dessen Zweck bereits erörtert worden ist. Als Ueberarbeit im Sinne dieser Bestimmungen gilt jede Ueberschreitung der durch die Arbeitsordnung gemäß § 134b, Abs. 1 Nr. 1 der Gewerbeordnung festgesetzten Arbeitszeit und jede Sonntagsarbeit, die nicht einen Bestandteil der regelmäßigen Wechselschichten bildet." Die hier enthaltene Behauptung, daß jede Sonntagsarbeit, die nicht einen Bestandteil der regelmäßigen Wechselschichten bildet, als Ueberstunden anzusehen ist, widerspricht dem bisher in Theorie und Praxis vertretenen Begriffe der Ueberstunden; sie hat bereits unrichtige Zahlenangaben hervorgerufen. Infolge dieser irrtümlichen Auffassung wird eine zu große Anzahl der wöchentlichen Ueberstunden angegeben bezw. angeblich ermittelt. Infolgedessen werden später in der dem Reichstag zu unterbreitenden Denkschrift unrichtige und zwar zu hohe Zahlen der Ueberstunden in diesen Betrieben erscheinen, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen. Da es sich im vorliegenden Falle nicht um eine Verordnung des Bundesrates, betreffend die Sonntagsruhe, handelt, gestatten wir uns, Euer Exzellenz zu bitten, diesen Erlaß dahin abzuändern, daß entsprechend dem Wortlaut der Bekanntmachung in diesem Verzeichnisse nur die an Sonntagen geleisteten wirklichen Ueberstunden, nicht aber auch die regelmäßige Sonntagsarbeit einzutragen sind.

Die Hüttenarbeiter, die durch ihre 24stündige Schicht so schon oft genug über Sonntag arbeiten müssen, können auf diesen Paragraphen mit vollem Recht Anspruch erheben. Um nicht jeder Werksleitung die Möglichkeit zu geben, willkürlich Arbeiter zur Sonntagsarbeit heranzuziehen, muß eine Grenze gezogen sein. Die Bestimmung, daß die durch regelmäßige Wechselschicht bedingte Sonntagsarbeit nicht eingetragen zu werden braucht in die Ueberstundenlisten, dürfte den Werksbesitzern mehr als genug Spielraum geben

Dann wird versucht, klar zu machen, daß die Ueberarbeit besonders von den Ofenleuten regelmäßig gefordert werden müsse, um den Betrieb im Interesse des Werkes und der übrigen Belegschaft aufrecht zu erhalten. Der Wauwau der Sozialdemokratie wird sogar zur Begründung herangezogen. Es heißt:

Bei Ueberstunden und Ueberschichten werden fast immer Lohnzuschläge bezahlt; diese geben den Leitern der Betriebe ausreichende Veranlassung, Schichtverlängerungen so viel als irgend möglich zu vermeiden. Die Verhältnisse sind aber meistenteils stärker als der gute Wille der Betriebsverwaltung und deshalb müssen oft Ueberstunden eingelegt werden, wenn nicht ein noch größerer Schaden für den Betrieb und damit auch für die Arbeiterschaft herbeigeführt werden sollte. Schon allein im Interesse der dauernden regelmäßigen Beschäftigung der Arbeiter müssen Ueberstunden geleistet werden. Wir wollen nachstehend nur einige Beispiele hierfür anführen.

Was würden beispielsweise die Arbeitnehmer sagen, wenn sie am Montag früh nach Hause geschickt würden und eine halbe Schicht feiern müßten, nur weil die Kupolöfen, Konverter, die Martin-, Puddelöfen oder die Wärmöfen im Walz-, Hammer- und Preßwerk nicht vorgewärmt wären? Der Verlust der halben Schicht pro Woche würde sich im Jahr auf rund 13 Schichten gleich einem halben Monatsverdienst belaufen. Die Arbeiterschaft würde am allerhärtesten die Ungeheuerlichkeit der Maßnahme fühlen und die Sozialdemokratie den Nutzen davon ziehen. Im Interesse der Arbeiterschaft liegt es also in erster Linie, daß die Kupolöfen, Konverter, die Martin-, Puddelöfen, oder die Wärmeöfen im Walz-, Hammer und Preßwerk vor Beginn der Schicht vorgewärmt (ähnl. Lokomotiven usw.) werden. Das Anwärmen der Konverter, der Martin-, Puddel-, Wärmeöfen usw. ist aber eine Spezialarbeit, die eine genaue Kenntnis der betreffenden Oefen usw. voraussetzt. Diese Arbeiten können nur von umsichtigen, sachverständigen Leuten ausgeführt werden. Da aber derartige Arbeiten nur an Sonn- und Feiertagen vorkommen, so ist es ganz unmöglich, dafür sachkundige Ersatzleute einzustellen. Geschähe es, so müßte man dieselben während des größten Teiles der Woche nach Hause schicken. Es bleibt also nichts anderes übrig, als daß die Konverterleute usw., die Arbeiter an den verschiedenen Ofenarten das Anwärmen in Ueberstunden besorgen.

Hier handelt es sich bei den Ofenleuten um die Arbeiter, welche den Schutz der Gesetze an erster Stelle benötigen. Wer Gelegenheit hatte, die von der Glühhitze verbrannten Gestalten an den Martin-, Thomasöfen usw. sowie in den Gießgruben zu beobachten, der begreift erst so recht die vom christlichen Metallarbeiterverband erhobene Forderung nach 8stündiger Schicht in diesen Betrieben. In seinem Vortrage über „Arbeiterschutz in der gesundheitsschädlichen und schweren Industrie auf dem zweiten deutschen Arbeiter-Kongreß in Berlin 1907 und in dem Buche „Der Arbeiterschutz" (S. 34—42) hat der Vorsitzende unseres Verbandes Kollege Wieber über diese Frage der Oeffentlichkeit beweiskräftiges Material unterbreitet.

Bei einer Temparatur bis zu 40 Grad müssen diese Leute 12 Stunden täglich arbeiten. Trotz der Bundesratsverordnung ist ihnen heute nicht einmal regelmäßig Gelegenheit gegeben, in Ruhe ihr Mittagessen einzunehmen. Im Sommer erkranken diese Arbeiter sehr oft infolge der unmenschlichen Hitze und den dadurch bedingten übermäßigen Genusses von Wasser. Es kommt öfter vor, daß die Hälfte der Belegschaft schlapp macht und nach Hause muß, weil der menschliche Körper den Anstrengungen dieser Arbeit nicht gewachsen ist. Um die Chargen fertig zu machen zur weiteren Verarbeitung in den übrigen Betrieben, müssen die Arbeiter dieser Abteilungen in der Nacht von Sonntag auf Montag schon um 2 oder 3 Uhr antreten, um dann durchzuarbeiten bis abends 6 Uhr. Von Samstag auf Sonntag hatten dieselben Arbeiter noch Nachtschicht, über Sonntag haben sie dann ihre müden Glieder ein wenig ausgeruht und nun müssen sie in der nächsten Nacht schon wieder um 2 Uhr antreten für eine 16-stündige Arbeitsschicht vor den glutspeienden Oefen und in den Gießgruben.

Wenn im Sommer nach einer solchen Schicht die meisten umfallen, so müssen die Leute der Nachtschicht schon um 3 oder 4 Uhr ablösen, um so bis zum Dienstag den Ausgleich wieder herzustellen. Es ist einfach eine Forderung der Menschlichkeit, in dieser Frage den Werksbesitzern ein „Nein" gegen

ihre Wünsche zuzurufen. Hier ist nur ein Weg, der gegangen werden kann, die Drittelung der 24-Stunden-Arbeit. Bei achtstündiger Arbeitszeit können die Ofenleute viel frischer an die Arbeit gehen und die Arbeitgeber brauchten nicht mit den Zufälligkeiten des Aussetzens zu rechnen. Die Mehrkosten, welche durch Heranziehung einer größeren Zahl Arbeiter in diesen Betrieben entstehen, werden zum Teil aufgewogen durch die Mehrleistung der Arbeiter. Die Großeisenindustrie, welche so große Reingewinne abwirft, kann diese geringen Kosten wohl tragen.

Alle Arbeiter, welche in Hüttenwerken beschäftigt sind, mögen die Eingabe der Großindustriellen, die hier in ihrem ersten Teile besprochen wurde, einmal gründlich durchlesen, das wird sie zweifellos zum Nachdenken bringen. Unser Streben muß dahin gehen, nicht blos die von den Werksbesitzern gewünschten Verschlechterungen abzuwehren, sondern Material beizubringen, um die Notwendigkeit der weiteren Verbesserung der Bundesratsverordnung zum Schutze der Hütten- und Walzwerksarbeiter stichhaltig zu beweisen.

Zum Gewerkschaftsstreit.

Der Gewerkschaftsgedanke.

1. Sein Träger.

Der Kapitalismus war eingezogen, geschaffen durch die neue Technik und unvermeidlich mit ihr verbunden. Er erfaßte mit dem Gewerbe auch den Handel und Verkehr und regierte bald das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftsleben. So geschah's zuerst in England, bald auch in andern Staaten. Außerordentlich schnell ging diese Entwicklung vor sich bei uns in Deutschland; ein Menschenalter hat genügt, um sie hier zum Siege zu bringen.

Die unvermeidliche Folge des Kapitalismus war die Entstehung des Lohnarbeiterstandes: jener Klasse von Erwerbstätigen, die keine Aussicht mehr haben, ähnlich wie früher die Handwerksgesellen, zur selbstständigen Führung eines Gewerbebetriebes zu gelangen, eine Klasse, die vielmehr gezwungen ist, dauernd gegen Lohn im Dienste der kapitalbesitzenden Unternehmer ihren Unterhalt zu verdienen.

Im Jahre 1882 zählten wir allein in Industrie und Handwerk rund 4 Millionen Lohnarbeiter; 1895 5,95 und 1907 schon 8,59 Millionen. In der letzten Periode vermehrte sich die Gesamtbevölkerung nur um 20 Prozent (von 51 auf 61 Millionen). Von der Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Gewerbe stellten die Lohnarbeiter 1882 = 64, 1895 = 71,9 und 1907 schon 76,3 Prozent! Rechnen wir zu den Lohnarbeitern im Gewerbe noch die in Handel und Verkehr, da beide Kategorien gleichartige Interessen haben, so ergeben sich 8,59 + 1,95 = 10½ Millionen Lohnarbeiter in diesen beiden Ständen, das ist mehr als ein Drittel sämtlicher 30 Millionen Erwerbstätigen.

2. Seine Begründung.

Ist unser Lohnarbeiterstand schon bedeutsam im Volksganzen durch die Zahl seiner Zugehörigen, so nicht minder durch die Kräfte, die in ihm lebendig geworden sind. In mühsamem Emporringen ist ihm das Bewußtsein seiner Bedeutung im Wirtschaftsleben gekommen. Er hat sich fühlen gelernt als ein einheitlicher Stand mit gleichen Interessen. Er ringt heute nicht mehr bloß um seine Selbstbehauptung neben den alten Ständen, mehr als das: In ernstem, eifrigem Streben arbeitet er daran, alle Kulturkräfte, die der deutschen Nation im letzten Jahrhundert neu erwuchsen, in sich aufzunehmen und nach seiner Eigenart an deren Weiterbildung mitzuarbeiten. So ist er geradezu ein Element des Vorandrängens des deutschen Volkslebens im wirtschaftlichen, sozialen politischen und kulturellen Gesamtleben der Nation geworden.

Bei dieser Entwickelung lag lange der Hauptnachdruck der Arbeiterbestrebungen auf der materiellen Hebung. In den untersten Schichten ist das heute noch der Fall. Als Stand im Ganzen hat die Arbeiterschaft in der Gegenwart ihre Ziele weiter und höher gesteckt. Dabei bleibt die materielle Sicherstellung und fortschreitende Besserung der Existenzbedingungen die notwendige Grundlage alles Höherstrebens. Darum auch heute noch das energische Betonen wirtschaftlicher Besserung der Arbeiterlage.

Schon aus Gründen wirtschaftlicher Zusammenhänge ist das selbstverständlich und berechtigt: Der Fortschritt der Technik soll nicht bloß dem toten Mechanismus, sondern auch dem empfindenden menschlichen Anteil an der Arbeitsleistung zugute kommen. Die moderne Technik hat nicht bloß das Kapital zu vermehren und den Reichtum eines Teiles des Volkes zu erhöhen, sondern ihren Segen auch auf die auszuschütten, die mit der Kraft ihrer Hände sie verwirklichen helfen.

Darüber hinaus ist die wirtschaftlich-soziale Besserstellung des Arbeiterstandes ebensosehr die Vorbedingung für sein geistiges und religiös-sittliches Gedeihen und Emporarbeiten. Auf diesem Wege gelangt denn auch der moderne Industriearbeiter zu einer höhern Auffassung seines Arbeitslebens, indem er in ihm ein auch Geist und Herz befriedigendes Menschendasein erblickt.

3. Sein Inhalt

Die materielle Besserung der Lage der Arbeiter hängt vorwiegend ab von Inhalt und Form des Arbeitsvertrages. Ihn nach beiden Richtungen zugunsten der Arbeiter zu gestalten, setzt sich die Gewerkschaft zur Aufgabe. Der Arbeitsvertrag ist nach dem bestehenden Recht ein Vertrag des einzelnen Unternehmers mit dem einzelnen Arbeiter. Die Gewerkschaft sucht für diese vielen Tausende von Einzelverträgen für ganze Berufe oder, wenn das aus technischen Gründen nicht angeht — wenigstens für ganze Betriebe allgemein gültige Normen, eine Art von „Lohngesetz" (das sind nämlich die Lohntarife) herzustellen. Dadurch erhält der Arbeitsvertrag, wenn er auch scheinbar und vor dem Gesetz der alte bleibt, doch in Wirklichkeit eine neue Form. Er büßt ein Stück von seiner absoluten Freiheit ein und verliert mehr und mehr seine Unterschiedlichkeit von Betrieb zu Betrieb, von Arbeiter zu Arbeiter, er wird einheitlicher (Kollektivvertrag. Und auch sein Inhalt wird günstiger. Die in der Gewerkschaft vereinigten Arbeiter vermögen bei der Festsetzung des Tarifs allein schon infolge der dadurch herbeigeführten Ausschließung der Schmutzkonkurrenz im Lohnwesen bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen, als der einzelne Arbeiter das könnte: kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne usw. Darin besteht die eigentliche und unmittelbare Aufgabe der Gewerkschaft.

Die Mittel zur Verwirklichung dieses Zwecks sind mannigfaltig: gütliche Verhandlungen, Appell an die öffentliche Meinung (Presse, Versammlungen usw.) im äußersten Falle die gemeinsame Arbeitseinstellung der Streik. Demnach ist das Charakteristische und Wesentliche am Gewerkschaftsgedanken die organisierte Selbsthilfe der Arbeiter mit Hülfe entsprechender Machtentfaltung zu dem Spezialzweck, die Arbeitsbedingungen möglichst günstig zu gestalten. Daß die von den Gewerkschaften angestrebte Verbesserung der Arbeitsverhältnisse sich im Rahmen von Recht und Gesetz und innerhalb der Grenzen wirtschaftlicher Möglichkeiten bewegen muß, daß sie sich vollziehen muß, ohne Verletzung höherer (religiöser und politischer) Interessen und Ideale, das ist selbstverständlich. Gleichwohl kann es je nach Lage der Verhältnisse notwendig sein, diese „Selbstverständlichkeiten" besonders zu betonen, eventuell sogar in Namen und Form der Organisation deutlich hervorzukehren.

4. Die Notwendigkeit seiner Verwirklichung.

Nach zwei Richtungen bedarf der Gewerkschaftsgedanke noch einer speziellen Begründung, um Einwänden zu begegnen: Warum Arbeiter und Unternehmer von einander trennen, warum sie als „Gegner" gegenüberstellen, während doch beide in gleicher Weise am Gedeihen der Unternehmung beteiligt sind? Weil der Kapitalismus die alte Arbeits-Familien- und Standesverbindung zwischen beiden aufgehoben und neben einer teilweisen Interessengemeinschaft auch Interessengegensätze geschaffen hat. Auch zwischen dem fortschrittlichsten und sozial gesinntesten Unternehmer und seinen Arbeitern wird ein bestimmter Interessenunterschied immer vorhanden sein; er tritt in die Erscheinung, wenn es sich handelt um die Aufteilung des Ertrags, den die Güterherstellung abwirft.

Aber sollen wir denn nicht danach streben daß der Staat, die Interessenkämpfe abschafft und auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit Hilfe irgendeines gesetzlichen Zwanges regelt? Ob das allgemein, technisch wirtschaftlich, politisch und rechtlich durchführbar ist, wollen wir einmal dahingestellt sein lassen. Heute ist dieser Zustand jedenfalls nicht gegeben und in absehbarer Zeit bei uns in Deutschland nicht zu erreichen. Und selbst wenn eine solche Ordnung kommen sollte, müßte sie nicht durch Reden und Schreiben, sondern durch Taten, d. h. in unserm Falle durch praktische Vorarbeit in Lohnbewegungen, durch Erziehung der Arbeiter und der Unternehmer für den Verhandlungsgedanken, durch Ausbilden der komplizierten Verhandlungsmetoden des Tarif- und Einigungswesens usw. vorbereitet werden. Das lehrt die tägliche Erfahrung. Das zeigt die Geschichte aller Kulturländer mit industrieller Entwicklung. Die Gewerkschaft bedeutet für uns eine kulturelle Notwendigkeit ersten Ranges.

(Aus der Sondernummer der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" Nr. 5, Jahrgang 1910.)

Gegen die Maulwurfsarbeit von „Sitz Berlin"

wendet sich in seiner Nummer 5 vom 6. Februar ds. Jrs. auch „Der Arbeiter" (München), das Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine, in zwei längeren inhaltreichen Artikeln an leitender Stelle. In dem Leitartikel unter der Ueberschrift: „Sitz Berlin" hat einen besondern Katholizismus" wird die von den „Berlinern" für ihre Zwecke zusammenkonstruierte „Moraltheorie" einer vernichtenden Kritik unterzogen. Schärfste Verurteilung findet das hinterlistige Verketzerungssystem der Fachabteiler, die dabei nicht müde werden, sich selbst „als die Patentkatholiken auszugeben":

„Dies Verhalten der „Berliner" muß einen ehrlichen Menschen nach und nach gerade anekeln und anwidern, wenn sie stets die Unterwürfigkeit gegen die kirchliche Autorität im Munde führen, sich wöchentlich im „Arbeiter" in empfehlende Erinnerung bringen, und dabei Kunststücke im Auslegen kirchlicher Schriftstücke leisten. Mich wundert es nur, daß man diese Empfehlung noch nicht satt bekommen hat."

Der zweite Artikel: „Friede im Gewerkschaftsstreit?" beleuchtet drastisch die „Friedensliebe" und — „Bereitschaft" der „Berliner", die den Mahnungen kirchlicher Autoritäten zur Einigkeit und zum Frieden folgen wolle, wenn — die fixen Ideen von „Sitz Berlin" en block im katholischen Lager angenommen werden. Das sei die Friedensstimmung der „Berliner" in der Theorie.

„Praktisch drückt man diese Bereitwilligkeit, Frieden zu schließen, damit aus, fährt der „Arbeiter" (München) dann wörtlich fort, daß man Agitationsmaterial für die „Berliner" Richtung an alle geistlichen Herren im Deutschen Reiche sendet: Spitalgeistliche, Kommorantpriester und an Herren, die der sozialen Bewegung und noch mehr dem Streit ganz ferne stehen.

Daß solche geradezu sündhafte Maulwurfsarbeit im Garten der christlichen Arbeiterbewegung nicht auf die Dauer hingenommen werden kann, und auch von süddeutscher Gemütlichkeit nicht hingenommen wird, kann man sich um so eher denken, als „Sitz Berlin" im Jahre 1903 auf dem Delegiertentag des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine das ausdrückliche Versprechen gab, mit Berliner Ideen die „Mainlinie nicht zu überschreiten." Jetzt will man vom Auslande her auf uns eindrängen, indem man dort gegen uns mobil macht. Gleichzeitig versucht man in dem Westen Deutschlands die Idee der katholischen Fachabteilungen gegenüber dem christlich-interkonfessionellen Gewerkschaftsprinzip in Anwendung zu bringen und im Süden wie im Westen unseres Vaterlandes agitiert man mit einem so tendenziös entstellten Propagandamaterial, daß das billige Jakobsystem der Fachabteiler, sehr zum Nachteil ihrer Sache, wie mit Blitzlicht beleuchtet wird. Denn anders kann man eine Bewegung, die seit bald zehn Jahren alle möglichen Agitationsformen und alle Hintertreppenpolitik anwandte, um einige Stützen für eine verfehlte Theorie zu finden, nicht nennen, wenn sie bei allem Aufwand an Zeit und Geldmitteln es bislang nicht auf mehr denn kaum 20 000 Mitglieder gebracht hat. Und selbst diese minimalen Zahlen, die für eine ernsthafte wirtschaftliche Arbeiterpolitik gar nicht in Frage kommen können, verteilen sich noch dazu auf neun Berufsgruppen, so daß sie aus der Tarifbewegung im Reiche praktisch vollkommen ausgeschaltet sind."

„Und wenn einmal, so schließt der Artikel im „Arbeiter", diese jetzt noch im unklaren gehaltenen, von Sitz Berlin bevormundeten Arbeiter zur Erkenntnis kommen, wie man sich durch eine Theorie, die der Entwickelung des ganzen Wirtschaftslebens glatt ins Gesicht schlägt, jahrelang von der Vertretung ihrer Interessen abgehalten hat, dann werden am Ende noch ganz andere Leute als die verhaßten christlichen und interkonfessionellen Gewerkschaften die Trümmer des Fachabteilungsschiffes und seine enttäuschte Bemannung an sich nehmen. Ob aber dann „die Autorität", für deren Hochhaltung man Ströme von Tinte verschreibt, ohne daß sie angegriffen wurde, nicht einen weit empfindlicheren Schaden erleidet, als derjenige ist, den man vermeintlich darin sucht, daß die Katholiken in der Gewerkschaftsfrage zur Einheit kommen könnten, ist eine Frage, die sich „Sitz Berlin" einmal sehr ernsthaft vorlegen mag.

Es ist bedauerlich, daß solch selbstverständliche Wahrheiten immer wieder betont werden müssen. Bei uns in Süddeutschland ist man darüber längst hinaus. Wir halten es in dem Punkte prinzipiell und praktisch mit dem Diktum eines hervorragenden Politikers, das dieser einem hochgestellten Geistlichen gegenüber aussprechen ließ: „Von „Berlin" wollen wir nichts wissen!"

Und wenn die Herren uns positiv ihre papierenen Ideen aufzudrängen versuchen, so werden wir uns unserer Haut zu wehren wissen."

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

Monat Dezember 1909.

Metall- und Maschinenindustrie.

Der Geschäftsgang in der Roheisenerzeugung hat sich in Oberschlesien, soweit die eingegangenen Berichte ein Bild davon geben, im großen und ganzen auch im Berichtsmonate befriedigend gestaltet. Teilweise trat allerdings empfindlicher Arbeitermangel ein, ebenfalls wieder veranlaßt durch die am 20. beginnende Karrenzzeit für ausländische Arbeiter. Auch in Westdeutschland war der

Beschäftigungsgrad im Berichtsmonat ein zufriedenstellender; teilweise herrschte Ueberangebot an Arbeitskräften. Die bayerischen fiskalischen Werke bezeichnen den Geschäftsgang als normal.

Ueber die Lage des Geschäfts in den Stahl- und Walzwerken berichtet der Stahlwerksverband, daß die Verbandswerke in Halbzeug besser als im November und in Eisenbahnmaterial und Formeisen etwa im Umfange des Vormonats beschäftigt waren. Der Gesamtversand an Produkten A (409 840 Tonnen) war um 19 485 Tonnen höher als im November. Auch gegenüber dem Dezember 1908 war der Versand um 51 349 Tonnen höher. Die eingegangenen Einzelberichte sprechen sich, soweit sie aus Westdeutschland kamen, sämtlich günstig aus, dagegen lauten Berichte aus Oberschlesien vereinzelt ungünstig. Ein Bericht aus Sachsen bezeichnet die Beschäftigung bei einer weiteren Besserung der Marktlage als befriedigend. Der Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Eisen- und Stahlindustrie von Elsaß-Lothringen und Luxemburg teilt über den Geschäftsgang im letzten Vierteljahre 1909 mit, daß die Besserung, die bereits im Herbste eingetreten war, angehalten hat. In Roheisen, Halbzeug und Stabeisen lagen ausreichende Aufträge vor.

Aus der Röhrenwalzindustrie sind einige günstig lautende Berichte eingegangen.

Die schlesischen Eisengießereien waren im Berichtsmonat im allgemeinen ausreichend, obwohl vereinzelt eine Abnahme der Aufträge festzustellen war. Die Berichte aus Westdeutschland lassen eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Vormonate nur vereinzelt erkennen, jedoch scheint sich im allgemeinen die Lage gegen den Vormonat leicht gehoben zu haben. Die süddeutschen Berichte lauten sehr verschiedenartig, vorwiegend jedoch günstig, unter anderen auch der Bericht der bayer. fiskalischen Werke. Soweit Berichte aus Sachsen vorliegen, sprechen sie sich günstig aus.

Die Drahtindustrie war in Breslau gut beschäftigt, und zwar größtenteils besser als im Vorjahre. Je ein Bericht aus Oberschlesien und aus Bayern bezeichnen den Geschäftsgang ebenfalls als zufriedenstellend.

In der Breslauer Kleineisenindustrie (Klammern, Schrauben, Muttern, Nieten usw.) ist gegen den Vormonat und das Vorjahr eine kleine Besserung in der Beschäftigung eingetreten. Die Nürnberger Industrie (Haus- und Küchengeräte, Blech-, Lakier-, und Metallwaren) hatte im allgemeinen genügend zu tun, etwa in demselben Umfange, wie im Vormonate.

Der Verein Deutscher Nadelfabrikanten zu Aachen äußert über die Lage der Nadelindustrie im 4. Vierteljahr 1909, daß sich während der Berichtszeit eine etwas größere Nachfrage an Nadeln zeigte. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres war die Beschäftigung ein wenig besser.

Die Berichte aus dem allgemeinen Maschinenbaue lauten etwas einheitlicher als in den letzten Monaten. Größtenteils ist der Geschäftsgang wohl als ein mittelmäßiger zu bezeichnen, der sich gegen den Vormonat anscheinend nur insofern ein wenig geändert hat, als in den einzelnen gut beschäftigten Betrieben ein geringes Abflauen eingetreten ist, während auf der anderen Seite einzelne Betriebe, deren Geschäftsgang im Vormonat ein ungünstiger war, im Berichtsmonat etwas befriedigender arbeiten konnten.

Die Lage der Dampfkesselindustrie wird verschiedenartig gekennzeichnet. Im allgemeinen scheint die Beschäftigung ausreichend und etwas besser als im Vormonate gewesen zu sein. Das Gleiche gilt für die Armaturwerkstätten. Auf die Eisenkonstruktionsbetriebe hat die Einschränkung der Bautätigkeit ungünstig eingewirkt. Die Berichte über Hebezeuge und Transportanlagen lauten ziemlich gut, zum größten Teil günstiger als im Vormonate.

Der Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabrikanten in Düsseldorf berichtet über das 4. Vierteljahr 1909, daß die Lage im ganzen etwas besser geworden ist, indem ein Teil der Fabriken genügend oder gut und besser als im 3. Vierteljahre beschäftigt war. Zurückgeführt wird diese Besserung auf die allgemeine Hebung des wirtschaftlichen Lebens und das wiederkehrende Vertrauen, sowie im einzelnen auf den günstigeren Geschäftsgang in der elektrischen Industrie. Ein anderer, fast ebenso großer Teil der Fabriken hatte keine Besserung zu verzeichnen. Gegenüber dem 4. Vierteljahr 1908 ist bei etwa der Hälfte der berichtenden Fabriken eine Verschlechterung, bei der anderen Hälfte eine Verbesserung eingetreten. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter war, soweit Angaben darüber vorliegen, etwas höher als im gleichen Zeitraume des Vorjahres. Arbeitermangel herrschte im allgemeinen nicht. Lohnänderungen sind in größerem Umfange nicht eingetreten. Vereinzelt ist die Arbeitszeit eingeschränkt worden. Ueberzeitarbeit hat nur in Ausnahmefällen und auch dann nur auf kürzere Zeit stattgefunden.

Die eingegangenen Berichte über die Textilmaschinenindustrie lauten günstig und verzeichnen eine Verbesserung gegenüber dem Vormonate. Die Betriebe für landwirtschaftliche Maschinen hatten der Saison entsprechend mittelmäßig zu tun.

Im Eisenbahnwagenbau ist die Beschäftigung, die im allgemeinen ohnehin nicht sehr groß war, im Berichtsmonate wieder gesunken. Vereinzelt haben geringe Lohnänderungen stattgefunden. In einem Nürnberger Betriebe wurde eine allgemeine Aufbesserung der Löhne um durchschnittlich 4 % vorgenommen im Hinblick auf die Verteuerung der Lebensmittel, und zwar wurden die geringeren Einkommen mehr berücksichtigt als die höheren.

Ein Abflauen der Beschäftigung trat im Lokomotivbau ein.

Die Automobilindustrie war gut beschäftigt, im allgemeinen besser als im Vorjahre.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Innungskrankenkassen aus der Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie mit insgesamt 12 808 Mitgliedern stellte sich am 1. Januar ein Rückgang von 335 männlichen bezw. 5 weiblichen, darunter 319 bezw. 4 versicherungspflichtigen, Mitgliedern heraus; berücksichtigt man die unter letzteren befindlichen erwerbsunfähigen Kranken, so ergibt sich ein Rückgang der wirklich beschäftigten um 322 männliche und 2 weibliche Mitglieder.

Ein etwas anderes Bild geben die Zahlen der Betriebskrankenkassen aus der Hütten-, Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie, die für 535 829 männliche und 34 209 weibliche Versicherte vorliegen. Die Gesamtzahl der Mitglieder hat sich um 186 bezw. 52 weibliche erhöht, die der Versicherungspflichtigen um 118 bezw. 11. Auf der anderen Seite ist die Zal der erwerbsunfähig Kranken erheblich gestiegen, nämlich um 1263 bezw. 132 (vor allem in Rheinland und Westfalen mit +690 bezw. +20). Die Zahl der wirklich beschäftigten Mitglieder hat somit um 1145 bezw. 121 abgenommen.

Elektrische Industrie.

Die Industrie für Dynamomaschinen, Elektromotoren, elektrische Anlagen und Apparate war nach wie vor ungleichmäßig, im allgemeinen jedoch befriedigend beschäftigt. In der Kabelindustrie hat sich der Geschäftsgang gegen den Vormonat etwas gehoben, ebenso in den Betrieben für elektrische Beleuchtungsartikel.

Ein Bericht aus Groß-Berlin bezeichnet die Beschäftigung der Telephon- und Telegraphenwerke als schwach.

Wie immer gut hatte nach einem Bericht aus Bayern die Industrie für elektro-medizinische Apparate zu tun.

Aus der elektrischen Industrie liegen Berichte der Betriebskrankenkassen über 38 605 männliche bezw. 9446 weibliche Mitglieder vor. Ihre Zahl war insgesamt um 491 bezw. 164 höher als am 1. Dezember 1909, die der Pflichtmitglieder um 471 bezw. 131. Da sich die Zahl der erwerbsunfähig Kranken um 175 bezw. 143 erhöht hat, vermindert sich der Zuwachs der wirklich beschäftigten Mitglieder bei den Männern auf 296; bei den Frauen trat eine Abnahme um 12 ein.

(Reichsarbeitsblatt.)

Sozialdemokratische Lügenfabrikation.

Unter dem Titel: „Christliche Terrorismusfabrikation" brachte die sozialdemokratische „Königsberger Volkszeitung" in ihrer Nr. 18 vom 22. Januar als erste einen von Unwahrheiten strotzenden Artikel, der, soweit sich jetzt übersehen läßt, fast im ganzen roten Blätterwald Deutschlands Aufnahme gefunden hat; natürlich auch in der sozialdemokratischen „Metallarbeiter-Zeitung".

Der Artikel, der hauptsächlich gegen unsern Bezirksleiter Kollegen Minter, und ferner gegen den Danziger Stadtverordneten Klawitter sich richtet, ist ein elender Racheakt, bei dem die ganze Gaunermoral, wie sie im sozialdemokratischen Lager geübt wird, Anwendung gefunden hat. Die fürchterliche Niederlage, die der rote Metallarbeiterverband bezw. dessen Beamter Früngel durch das Eingreifen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes gelegentlich des Danziger Klempnerstreiks erlitten hat, soll verwischt werden. Zu diesem Zweck versucht man in dem Artikel eine am 17. Januar in Danzig stattgefundene Gerichtsverhandlung gegen sechs am Danziger Klempnerstreik beteiligte Personen wegen Vergehens gegen den § 153 der R.-G.-O. gegen die genannten christlichen Arbeiterführer ohne jegliche Unterlage auszunutzen. Es wird in der roten Presse behauptet, Kollege Minter hätte beim Klempnerstreik die Einigkeit der Arbeiter gestört, während er sie in Wahrheit durch Beschaffung von Streikgeld hergestellt, als der sozialdemokratische Beamte Früngel sie durch Verweigerung der versprochenen Streikgelder zerstört hatte.

Die „Verruchtheit" der christlichen Arbeiterführer versucht der noble Schreiber in der Sozialistenpresse dadurch zu demonstrieren, daß er die Mär verbreitet, der christliche Gewerkschaftssekretär Minter habe Leute gelegentlich des Streiks gedungen, sie mit „Gebrauchsanweisungen" versehen, um den sozialdemokratischen Beamten „an bestimmten Stellen niederzuschreien".

Toller ist die Welt kaum je belogen worden, als es hier geschieht. Man fragt sich unwillkürlich: konnte denn der christliche Gewerkschaftssekretär im voraus wissen, was der sozialdemokratische Beamte reden wollte, war er vielleicht Gedankenleser? Bloß die Frage stellen, heißt auch die ganze Lächerlichkeit, die in der Behauptung enthalten ist, aufdecken.

Aber es ist nichts zu dumm, der roten Presse ist es gut genug für ihr Lesepublikum.

„Der dramatische, für gewisse Gewerkschaftschristen geradezu vernichtende Mittelpunkt des Prozesses" sollen „die eidlichen Aussagen" des sozialdem. „Metallarbeiterverbandsbeamten Früngel gewesen sein". Nach Früngels Aussagen „sollte sogar der Herr Justizrat Reiß, der den christlich-organisierten Angeklagten Rechtsbeistand leistete, und der im Zuhörerraum anwesende christliche Gewerkschaftssekretär Minter garnichts mehr haben sagen können — sie waren tot, tot, mausetot.

Daß die roten Herrschaften sich nach einem Drama, in dem die verhaßten christlichen Gewerkschaftsführer tot auf der Strecke blieben, sehnen, glauben wir recht wohl. Derlei Todeserklärungen erschallten aus dem roten Blätterwald schon recht oft, aber allemal haben sie sich als Lüge erwiesen, und auch diesmal ist dies in ganz besonderer Weise der Fall.

Zur Klarstellung der Angelegenheit folgendes: Die jugendlichen Angeklagten Schwalm und von Glinski, die bei Ausbruch des Streiks unorganisiert waren, hatten sich in der ersten Streikwoche, wo ihnen gleich den anderen Unorganisierten vom sozialdemokratischen Verband Streikunterstützung in Aussicht gestellt war, gebrauchen lassen, mit einer gewissen Tapferkeit die Streikbrecher von den Bauten zu holen. Das war ihnen gelungen, aber die Staatsanwaltschaft leitete ein Verfahren wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung ein. Bei den kommissarischen Vernehmungen, die Ende Juni 1909 stattfanden, haben die Leute erklärt, daß sie im Auftrage des sozialdemokratischen Streikleiters Schröder gehandelt hätten. Die Folge dieser Aussagen war, daß auch der Streikleiter unter Anklage gestellt wurde.

Der Umstand nun, daß der sozialdemokratische Beamte Früngel die versprochene Streikunterstützung verweigerte, war die Ursache, daß sich auch Schwalm und von Glinski dem christlichen Metallarbeiterverbande, der die Streikunterstützung im Interesse der Arbeiter bewilligte, anschlossen. Die so gelagerte Situation erschien den sozialdemokratischen Volksbeglückern im höchsten Grade gefährlich, sofern es zu der bestimmt zu erwartenden Gerichtsverhandlung kam. Denn es war doch selbstverständlich, daß der christliche Verband den Angeklagten, falls sie treu blieben, auch Rechtsbeistand leistete.

Diesen Rechtsbeistand den in Frage stehenden Leuten zu entwinden und sie zu isolieren, das mußte nun zu erreichen versucht werden und wurde auch tatsächlich erreicht.

Mit der üblichen Gaunermoral verstanden es die roten „Arbeiterfreunde", die jugendlichen Leute nach dem sozialdemokratischen Verbandsbureau zu lotsen. Alle möglichen Versprechungen, auch freier Rechtsschutz wurde den armen Tröpfen in Aussicht gestellt, nur eins: Uebertritt in den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband war die Bedingung, die sie dann auch erfüllten.

Als die Sache nun weit genug gediehen war und die Gerichtsverhandlung heranrückte, kommt Mitte November ein Verbandsvertrauensmann, dem man eine große Tasche mit Verbandsbüchern an den Hals gehangen hatte, zu den Angeklagten und ersuchte mit dem größten Biedermannsgesicht um die Auslieferung der Verbandsmitgliedsbücher, die man auf dem Bureau dringend gebrauche. Den Einwendungen der langsam stutzig gewordenen angeklagten Mitglieder begegnete man mit dem Hinweis auf die sich in der großen Tasche befindlichen Bücher, die auch die andern Kollegen bereits abgegeben hätten.

Eine vorbereitende Aktion für die bald folgende Gerichtsverhandlung war damit nach Wunsch der Genossen abgeschlossen. Die Leute waren vom christlichen Verband isoliert und der sozialistische Verband hatte ihnen durch Abnahme des Mitgliedsbuches das einzige Dokument entwunden, auf Grund dessen sie ein moralisches Recht auf Rechtsbeistand gehabt hätten. Er überließ sie nun ihrem Schicksal und so fanden sie sich in der Gerichtsverhandlung allein. Sie mußten sich nun, so gut es ging, selbst verteidigen, was für den angeklagten sozialdemokratisch organisierten Streikleiter Schröder, der durch den Herrn Rechtsanwalt Rosenbaum vertreten wurde, eine ganz vortreffliche Situation bedeutete, die man auch nach Kräften auszunutzen verstand.

Die Aussagen der Angeklagten Schwalm und von Glinski gegen die sozialdemokratische Streik- und Verbandsleitung stellte der Rechtsanwalt als absolut unglaubhaft, als total wahrheitswidrig hin. Dasselbe tat die sozialdemokratische Presse, die hierzu schrieb: Der Angeklagten „Beteuerungen machten auf das Gericht gar keinen Eindruck". Der Streikleiter Schröder wurde freigesprochen und Schwalm erhielt 6 Wochen Gefängnis.

Das ist eine Seite des Prozesses, dem eine mit raffinierter Berechnung betriebene Kulissenschieberei vorangegangen war. Mit dem Prozeß mußte ein zweites, nämlich eine Hetze gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung konstruiert werden. Dem als Entlastungszeugen für den angeklagten Streikleiter Schröder geladenen Beamten Früngel stellte der Herr Rechtsanwalt Rosenbaum die ganz gewiß nicht (?) abgekartete Frage: Wie kommt es, daß die Zeugen nichts gegen den Angeklagten Streikleiter Schröder vorzubringen haben, während die Angeklagten Schwalm und von Glinski so belastend gegen diesen aussagen? Können diese Angeklagten von irgend einer Stelle beeinflußt sein? Früngel hatte darauf folgende Antwort bereit liegen:

> „Schwalm und Armanski kamen in mein Bureau und erklärten mir in Gegenwart von Zeugen, sie seien von Minter und dem Arbeitersekretär Klawitter ausgefragt worden, ob nicht Schröder auf sie eingewirkt habe. Auch mich sollten sie beschuldigen. Für mich ist nicht ausgeschlossen, daß die Angeklagten von dieser Seite beeinflußt sind."

Der Zeuge Früngel, der Rechtsanwalt Rosenbaum und auch die sozialistische Presse haben alle die gerichtlichen Aussagen von Schwalm und Glinski als wahrheitswidrig hingestellt und trotzdem sollen die privaten Aussagen derselben Leute, der Leute also, die man indirekt öffentlich als Lügner charakterisiert hat, zur Grundlage dienen, um „einen dramatischen, für gewisse Gewerkschaftschristen vernichtend wirkenden Mittelpunkt des Prozesses" zu konstruieren.

Das ist die vielgerühmte Konsequenz und berüchtigte Doppelmoral der Sozialisten in Reinkultur. Daß die Behauptungen und Verdächtigungen Früngels jeder Unterlage entbehren, braucht gar nicht näher dargelegt zu werden. Für Früngel sei es nicht ausgeschlossen, so dürfte er

sich ja recht vorsichtig aus, daß die Angeklagten von christlicher Seite beeinflußt seien. Das ist also nur die persönliche Auffassung dieses Obergenossen, und man weiß zur Genüge, was sich solche Leute oft für eine Meinung zusammenkonstruieren, wenn sie ihnen nur in ihren Kram und für ihre Zwecke passend erscheint.

Es heißt dann weiter, daß selbst der christliche Rechtsanwalt Justizrat Reiß und der im Zuhörerraum anwesende Gewerkschaftssekretär Minter nichts zu den Fröngelschen Aussagen antworten konnten. Soviel Worte, soviel Unwahrheiten und bewußter Blödsinn. Herr Justizrat Reiß vertrat den christlich organisierten Angeklagten Armanski. Was Fröngel von Schelm und von Glinski, Klawitter und Minter sagte, ging diesen Verteidiger absolut nichts an. Minter und Klawitter hatten mit der ganzen Angelegenheit absolut nichts zu tun. Mit Ausnahme des offensichtlich abgekarteten Frage- und Antwortsspiels zwischen dem Rechtsanwalt Rosenbaum und Fröngel wurden bei dem Prozeß weder die christlichen Gewerkschaften, noch Minter noch Klawitter erwähnt. Wie sehr das „Drama" jeder Unterlage entbehrt, geht auch bereits daraus hervor, daß man die für die Christlichen vernichtende Wirkung der Fröngelschen Aussagen damit zu erhärten sucht, daß der im Sitzungssaal als Zuhörer anwesende Kollege Minter nichts darauf zu sagen gewagt hätte. Als ob ein Zuhörer während einer Gerichtsverhandlung etwas zu sagen hätte.

Dann weiß man noch etwas von einer Geheimkonferenz zu berichten, in welcher Minter mit Bezug auf Fröngel unwillig erklärt haben soll: „Nun steht der Schust doch wieder seinen Mann" und Stadtverordneter Arbeitersekretär Klawitter soll darauf geantwortet haben: „Wir können ihn doch noch kriegen, weil er immer mit Schröder zusammen ist". Es ist zu dumm auf solch tolles Zeug überhaupt eine ernste Antwort zu geben. Es ist ja schade um die Zeit, die man mit der Richtigstellung solcher Lügen verschwenden muß.

* * *

Dem Königsberger Sozialistenorgan ist die Entwicklung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung eine unangenehme Erscheinung. Mit Lüge und Verdrehung arbeitet es gegen uns. Besonders dem „Oberchrist" Minter, der es gewagt, die sozialdemokratische Kautski- und Dr. Quarkmoral in der breitesten Oeffentlichkeit zu publizieren, hat man ständig unter der Feder. In Nr. 22 vom 27. Januar ist sogar der sozialdemokratische Dr. Quark aus Frankfurt als Helfer auf dem Plan erschienen. In einer gewundenen teilweise sich selbst widersprechenden „Erklärung" bestätigt er, daß er auf dem Mainzer Parteitag Protokoll Seite 224) gesagt bezw. zitiert hat: „Wir Sozialdemokraten sind eine prinzipientreue Partei, aber wir mogeln wo wir mogeln können."

Der verehrte Genosse Dr. Quarck glaubt mit seiner gewundenen Bestätigung der Minterschen Behauptung letzteren als „einen ganz gewöhnlichen Fälscher und Verdreher" kennzeichnen zu dürfen und fordert Minter auf, klagbar vorzugehen; täte Minter das nicht, dann beweise er Angst vor einer gerichtlichen Feststellung.

Ach nein, Herr Dr. Quarck, so liegen die Dinge nicht, die Fälscher und Verdreher sind in ihrem Lager zu suchen. Ihr Ausspruch: „Wir Sozialdemokraten sind eine prinzipientreue Partei, aber wir mogeln, wo wir nur mogeln können" — bleibt unumstößlich bestehen. Eine Widerlegung ist dabei völlig ausgeschlossen. Was Sie in der „Königsberger Volkszeitung" dazu schrieben, sind gequälte Verlegenheitsausreden.

Da Minter Ihren Ausspruch zuerst zitiert hat, so ist es Ihre Sache, gegen Minter klagbar vorzugehen. Tun Sie das nicht, dann beweisen Sie, daß Sie eine gerichtliche Klarstellung zu fürchten haben, und zeigen damit, daß Sie den Ausspruch tatsächlich getan haben.

Auch das Kautskysche Zitat:

„Die wichtigste Pflicht des Genossen dem Genossen gegenüber ist die Pflicht der Wahrhaftigkeit, dem Gegner gegenüber hat man diese Pflicht nie anerkannt."

bleibt unumstößlich bestehen.

Und nun, verehrte Königsbergerin, entrüste dich weiter. Die Arbeiterschaft Danzigs weiß immer besser die künstliche Entrüstung der Genossen zu würdigen.

Die sozialdemokratische „Metallarbeiter-Zeitung" hat in ihrer Nr. 5 wie oben schon erwähnt, den Danziger Lügenartikel natürlich auch abgedruckt und fügt zum Schluß noch aus eigenem hinzu:

„Wir sind nun doch neugierig, wie lange der „christliche" Metallarbeiterverband noch die Verantwortung für diese echt „christliche" Missionstätigkeit des Minter zu übernehmen gedenkt."

Diese Frage war sehr unvorsichtig von dem sozialdemokratischen Blatt. Solange der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband Beamte von der Qualität eines Sendler, Spiegel, Bosave 2c., deren Unglaubwürdigkeit im höchsten Grade gerichtlich attestiert ist, nicht nur hält, sondern sogar noch in bessere Stellungen avanzieren läßt, so lange haben die sozialdemokratischen Verbündler und ihr Organ das Recht verwirkt, andern gegenüber den Moral- und Sittenwächter zu spielen.

Mögen sie sich mit dem haufenweise vorhandenen Unrat im eigenen Hause beschäftigen und sich um die Moralität des christlichen Metallarbeiterverbandes keine Kopfschmerzen machen. Die Unehrlichkeit und Verlogenheit im sozialdemokratischen Lager ist doch schon soweit vorgeschritten, daß es hier und da schon aus den eigenen Kreisen wie ein Notschrei an die Oeffentlichkeit dringt. So erklärte z. B. der Abg. Otto Hue auf der vielgenannten Geheimkonferenz der soziald. Gewerkschaftsvorstände im Februar 1906:

„Es muß gesagt werden hier in unserm Kreise, daß wir nicht zu scheinen wagen, was wir sind. Unsere organisatorische Kraft entspricht nicht unsern öffentlichen Aeußerungen. Und weil wir das wissen, befinden wir uns in einem fortgesetzten innern Konflikt mit uns selbst . . . . es klafft deshalb ein Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit . . . ."

Und von den moralischen Zuständen im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband gibt folgende Momentaufnahme aus den Verhandlungen der 8. ordentlichen Generalversammlung in München 1907 beredtes Zeugnis:

Peine-Köln: Wenn die Bezirksleiter längere Zeit auf ihrem Posten sind, dann sind sie inbezug auf Wahrheitsliebe am Ende angelangt. (Große Unruhe. Rufe. Heiterkeit.)

Vorsitzender Zschinger rügt den Ausdruck des Redners, daß die Bezirksleiter, wenn sie längere Zeit auf ihrem Posten sind, inbezug auf Wahrheitsliebe am Ende angelangt sind. (Beifall.)

Peine (fortfahrend): Wenn Sie mich weiter gehört hätten, dann hätten Sie sich Ihr Pfui sparen können und der Vorsitzende hätte nicht nötig gehabt, meinen Ausdruck zu rügen. Ich hätte meinen Ausdruck besser verklausulieren können, aber dazu bin ich nicht geschickt genug. Dann hätte es etwas anders geklungen, aber im Effekt wäre es schließlich dasselbe. (Seite 75 des offiziellen Protokolls.)

Der Verbandsbeamte Peine hat in einem Moment ehrlicher Selbsterkenntnis der roten Katze die Schelle umgehängt. Und daß er die brutale Wahrheit gesagt, das haben die Herren Sendler, Spiegel, Bosave, Vorhölzer, Fröngel und viele andere Obergenossen durch ihr Verhalten in praxi bewiesen. Mag die sozialdemokratische Presse deshalb vor der eigenen Tür fegen und sich nicht zum Richter über andere aufwerfen. Denn die Sozialdemokratie ist von Unwahrhaftigkeit und Heuchelei durchsetzt und angefault; die roten Hetzapostel und ihre Presse lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip, sie können es nicht mehr anders.

Gewerkschaftliches.

Neckarsulm — Rheinfelden.

Vor dem Landgericht in Heilbronn hat sich in den Tagen vom 20. bis 25. Januar ein Streikprozeß abgespielt, der bezüglich der Haltung und Stellungnahme der Sozialdemokratie in mehr wie einer Beziehung zu einem Vergleich mit Rheinfelden herausfordert. Ende September vorigen Jahres brach bei der Firma Spohn, Jutefabrik in Neckarsulm, infolge von Lohnreduzierungen ein Streik aus, dem sich nur ein Teil der betr. Arbeiter resp. Arbeiterinnen anschloß. Durch Heranlotsung von Streikbrechern versuchte die Firma der Bewegung ein für sie günstiges Ende zu bereiten. Die Streikenden gaben sich dagegen alle Mühe, die Arbeitswilligen von der Weiterarbeit abzuhalten und dabei soll es zu Drohungen, Gewalttätigkeiten und ähnlichen Vergehen gegen die Gesetze gekommen sein. Die Folge davon war, daß sich 11 Angeklagte, darunter 5 Arbeiterinnen, wegen Landfriedensbruch resp. Vergehen gegen § 153 der GO. vor dem Forum des Heilbronner Landgerichts zu verantworten. Das Ende der fünftägigen Gerichtsverhandlung war die Verurteilung von acht Angeklagten zu Gefängnisstrafen von drei Wochen bis zu viereinhalb Monaten. Insgesamt wurden 16 Monate, 13 Wochen und 4 Tage Gefängnis über die „Streiksünder" verhängt. Ein Urteil, das ebenso wie das Walshuter Urteil über die Rheinfelder Streikunruhen in anbetracht der tatsächlich erwiesenen Vergehen als ungemein hart bezeichnet werden muß.

Soweit in kurzen Strichen der Sachverhalt. Nun interessiert uns das vollständig verschiedenartige Verhalten der sozialdemokratischen Agitatoren und deren Presse zu den beiden Streiks und ihren gerichtlichen Nachspielen.

Im Fall Rheinfelden hat die Sozialdemokratie vor und nach dem Prozeß sensationelle Alarmartikel gebracht, die alles andere als für die streikenden und angeklagten Arbeiter günstig waren. — Im Fall Neckarsulm aber sehen wir das Gegenteil, nämlich großes Schweigen im roten Blätterwald.

Bei den Rheinfelder Streikunruhen und dem gerichtlichen Nachspiel eine wüste Hetze gegen diejenige Organisation, mit deren Unterstützung die Bewegung geführt wurde. — Bei Neckarsulm davon keine Spur, im Gegenteil, wo die süddeutsche sozialdemokratische Presse von den Neckarsulmer Streikunruhen und dem Prozeß Notiz nahm, wurde die inbetracht kommende Organisation herausgestrichen.

In Rheinfelden mußte ein „Anstifter" des Krawalls, ein „Hetzer" und „Aufrührer" gesucht und gefunden werden; und die Sozialdemokratie will in — Arm in Arm mit dem Staatsanwalt Mehl von Waldshut — in dem Streikleiter Engel „gefunden" haben. — In Neckarsulm gibts sowas für die Sozialdemokratie aber überhaupt nicht zu suchen; „Anstifter", „Hetzer", gibts einfach nicht. Punktum!

Beim Rheinfelder Streikprozeß wird dem Staatsanwalt bei seinen maßlosen Ausfällen gegen die infrage kommenden Organisation und die Streikleitung sogar im Gerichtssaal von Obergenossen à la Vorhölzer „sehr richtig" zugerufen und Beifall geklatscht. — In Heilbronn tiefes Schweigen; außerdem ohne Zweifel geballte Fäuste in den Taschen ob der „verruchten Klassenjustiz".

Im Rückblick auf den Rheinfelder Streikprozeß von Waldshut wird die Justiz nicht nur sehr schonend behandelt, sondern der Staatsanwalt wird noch sogar öffentlich belobigt. Die sozialdemokratische „Metallarbeiter-Zeitung" rühmt dem Waldshuter öffentlichen Ankläger der „Klassenjustiz" sogar nach, daß er „Verständnis für die Ursachen der Empörung der Arbeiter" an den Tag gelegt habe.

Im Anschluß an den Heilbronner Landfriedensbruchprozeß das gerade Gegenteil, trotzdem der dortige Staatsanwalt (nach dem uns vorliegenden Bericht des „Neckar-Echo") im wohltuenden Gegensatz zu seinem Kollegen Mehl in Waldshut eine anerkennenswerte Zurückhaltung und Sachlichkeit an den Tag gelegt hat. Hier muß das Urteil von Heilbronn zu der üblichen sozialdemokratischen Verhetzung gegen die „Klassenjustiz" herhalten. Eins der wenigen roten Blätter, die von dem Heilbronner Landfriedensbruchprozeß überhaupt Notiz genommen haben, resp. nehmen mußten, nämlich das württembergische Sozialistenorgan, die „Schwäbische Tagwacht," Nr. 23 vom 29. Januar, schreibt am Schluß einer scharfen Kritik an dem gefällten Urteil wörtlich folgendes:

„Der Verlauf dieses Prozesses hat der arbeitenden Bevölkerung wieder gezeigt, daß das System der heutigen Justiz ihr Vertrauen nicht verdient. Sie hat sich auch diesmal wieder auf die Seite des Kapitals, des Bedrückers gestellt."

Hier ists also das „System der Klassenjustiz", im Rheinfelder Prozeß wars dagegen „Verständnis für die Ursachen der Empörung der Arbeiter".

Wir können mit derartigen Nebeneinanderstellungen und Vergleichen noch weiter fortfahren, das gesagte genügt jedoch schon vollkommen. Und wo liegt nun der Schlüssel zu diesem im krassesten Widerspruch stehenden Verhalten der Sozialdemokratie? so wird sich der Leser schon fortwährend gefragt haben. Die Antwort ist mehr wie einfach:

Bei Rheinfelden handelte es sich um christliche Arbeiter und den christlichen Metallarbeiterverband; bei Neckarsulm aber um freie Gewerkschaftler und den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband.

Das ist des Rätsels Lösung. Jedes weitere Wort der Kritik an dieser infamen Doppelmoral ist überflüssig. Die angeführten Tatsachen sprechen für sich selbst und genügen, um die Demagogie und abgrundtiefe Gesinnungslumperei der süddeutschen revisionistischen Sozialdemokratie für alle Zeiten an den Schandpfahl zu stellen.

Zu den Begleiterscheinungen der Bewegung in Rheinfelden

bringt das „Zentralblatt" der christlichen Gewerkschaften Nr. 2 einen längeren Artikel, worin insbesondere die Ergebnisse des Waldshuter Landfriedensbruchprozesses näher gewürdigt werden. Insbesondere wird das schmachvolle Verhalten der Sozialdemokratie gebührend beleuchtet und der roten Verrätergesellschaft in Baden zum Schluß folgendes ins Stammbuch geschrieben:

Worum es der Sozialdemokratie gelegentlich der Badisch-Rheinfelder Vorgänge zu tun war, verrät ungewollt die Bezirksleitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in einer die letzten Tage herausgegebenen Agitationsbroschüre, in der gesagt wird:

„Eine der Gegenden, wo die Christlichen mit Hochdruck darauf hinarbeiten, sich festzusetzen, ist der Oberrhein. Das Volk ist dort noch ganz und gar in den Händen zelotischer Priester, gewerkschaftlich ziemlich indifferent und ausgebeutet bis zum äußersten, die sozialdemokratische Presse nur gering verbreitet, dabei die Gegend sehr stark industriell entwickelt."

„Die sozialdemokratische Presse" war in dem Bezirk „nur gering verbreitet, dabei die Gegend sehr stark industriell entwickelt." Das besagt manches. Deshalb mußte ein widerlicher Hetzfeldzug gegen den christlichen Metallarbeiterverband inszeniert werden. (Siehe Zentralblatt Nr. 23/09.) Das Verhalten des Staatsanwalts in Waldshut ist bereits charakterisiert. Was tat demgegenüber die sozialdemokratische Presse Badens? Sie druckte dessen Plaidoyer, soweit es sich gegen die christliche Organisation wendete, mit breitem Behagen, gleichsam als Aneinanderreihung erwiesener Tatsachen ab und klatschte dem Staatsanwalt zu seinem Vorgehen freudig Beifall. Programmatisch erstrebt die Sozialdemokratie einen größeren Schutz der Angeklagten und Zeugen vor Gericht. Sagt es dagegen ihren agitatorischen Zwecken zu, dann findet sie das Vorgehen des Staatsanwaltes gegen einen wehrlosen Zeugen — Angeklagte und Kläger haben bekanntlich vor Gericht viel größere Rechte als Zeugen, die nur auf das Antwort geben dürfen, worum sie befragt werden — ganz in Ordnung.

Auch in den Kreisen der christlichen Arbeiter hat man in den letzten Jahren bei dem Kampfe innerhalb der Sozialdemokratie zwischen revisionistischer und marxistischer Richtung vielfach mit ersterer sympathisiert; sehr zu unrecht. Denn ein charakterloseres Gebilde, wie die revisionistische Sozialdemokratie Süddeutschlands, insbesondere Badens, ist uns noch nie zu Gesicht gekommen. Dieser Revisionismus ist heute nur ein Gemisch von Opportunismus und Heuchelei, ein Zwischending, mit dem die Grundsatzlosigkeit zum leitenden politischen Prinzip erhoben wird. Jahraus, jahrein peitscht man in Versammlungen die Massen auf gegen den „Klassenstaat" und die „Klassenjustiz", und wenn Vertreter des gleichen „Klassenstaates" gegen die eigenen Klassengenossen — denen allerdings der Frevel anhaftet, nicht Sozialdemokraten zu sein — sich zu den offensichtlichsten Ungehörigkeiten versteigern, wird ihnen von der „grundsatzfesten" badischen Sozialdemokratie öffentlich und stillschweigend Beifall geklatscht. Badisch-Rheinfelden wird den sozialdemokratischen Agitatoren noch häufig um die Ohren geschlagen werden; das möge man sich im badischen „Musterländle" merken. Den christlichen Gewerkschaften kann mit solchen „Grundsätzen" alles eher als Abbruch getan werden.

Eine gründliche Zurechtweisung.

In der dem industriellen Großkapitalismus nahestehenden „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", (Nr. 121 Abendausgabe vom 1. Februar ds. Js.) ist folgendes zu lesen:

„In ihrer Morgenausgabe vom 20. Januar veröffentlicht die „Newyork Sun" ein Gespräch mit dem Direktor der Luxhammerwerke, Kommerzienrat Dr. Joseph Hallbauer, in welchem der deutsche Industrielle, der zurzeit eine Reise durch Amerika unternimmt, sich lang und breit über die „Inferorität der deutschen Arbeiter" gegenüber den amerikanischen äußert. Der amerikanische Arbeiter gebrauche bei der Arbeit seinen Verstand viel mehr als der deutsche Arbeiter. Er, Dr. Hallbauer, habe seine Arbeiter vergeblich zu bewegen gesucht, sich zu bilden und in demselben Geiste zu arbeiten wie ihre amerikanischen Kollegen, etwas Selbständigkeit und Initiative zu zeigen. Der deutsche Arbeiter begnüge sich mit veraltetem Werkzeug. Er möge gar kein gutes, modernes Werkzeug. Die Folge sei, daß er in einem vollem Monat nur soviel Arbeit leiste wie sein amerika-

nischer Kollege in elf Tagen. Den übrigen Teil des Gespräches füllen Betrachtungen des Kommerzienrats über seine eigenen Verdienste und die Leistungsfähigkeit der Lauchhammerwerke aus.

Nach der bekannten Unzuverlässigkeit des Newyorker Sensationsblattes wäre es nicht verwunderlich, wenn der deutsche Industrielle sich durchaus nicht in diesem Sinne geäußert hätte. *Sollte es aber doch geschehen sein, so ist es wohl nicht unangebracht, den sächsischen Industriellen daran zu erinnern, daß er ohne die Tüchtigkeit seiner deutschen Arbeiter schwerlich zu seiner Wohlhabenheit und Stellung hätte gelangen können."*

Daß sich ein deutscher Unternehmer von einem großkapitalistischen Unternehmerorgan so etwas sagen lassen muß, ist hart für ihn und seine Gesinnungsgenossen, aber wohlverdient. Es ist gewiß anzuerkennen, daß die „Rh.-W. Ztg." in dieser energischen Weise die Tüchtigkeit der deutschen Arbeiter verteidigt; hoffentlich wird sie es auch in Zukunft tun, wenn ähnliche unberechtigte Anklagen im eigenen Lande gegen die einheimische Arbeiterschaft erhoben werden von solchen Kreisen, die dem genannten Blatte nahe stehen. Und wenn das Essener Unternehmerorgan gemäß vorstehender Auslassung konsequent sein will, so muß es auch alle Bestrebungen verwerflich finden, die diese Tüchtigkeit, Selbständigkeit und Initiative der deutschen Arbeiter zu untergraben geeignet sind. Das geschieht aber in erster Linie durch alle Maßnahmen von Unternehmerseite, die die Selbsthilfebestrebungen der Arbeiter, mit einem Wort die Koalitionsfreiheit und -möglichkeit zu unterdrücken und zu beschränken versuchen. Wenn der vorhin genannte sächsische Kommerzienrat wirklich behauptet hat, er habe sich vergeblich bemüht, seine deutschen Arbeiter zu „etwas Selbständigkeit und Initiative" zu erziehen, so ist das zunächst ein Rätsel oder eine unwahre Prase, aber dann sind es doch gerade die großindustriellen Kollegen des Herrn Kommerzienrates, die durch Unterdrückung des Koalitionsrechts, durch zweifelhafte Wohlfahrtseinrichtungen, gelbe Gewerkschafften etc. jede selbständige Regung und jeden Persönlichkeitswert im Arbeiterstand ersticken. Wenn die Unternehmer nun über die Inferiorität (Rückständigkeit, mangelnde Leistungsfähigkeit) der deutschen Arbeiter klagen wollen, so sollten sie in erster Linie die Scharfmacher in Unternehmerkreisen anklagen, die unausgesetzt an der Arbeit sind, die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft mit Gewaltmaßregeln oder Zuckerbrot niederzuhalten. Die neueste Maßnahme des Unternehmertums, die einseitigen Zwangsarbeitsnachweise, laufen ebenfalls auf dieses Ziel hinaus. Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter bietet gegenüber diesen Maßnahmen den einzig sichern Rückhalt.

„Berlinereien" im Siegerland.

Wir erhalten folgende Zuschrift: *Alle Schuld rächt sich auf Erden!* Wenn sich jemals im Leben dieses bestätigt hat, dann ganz besonders bei „Sitz Berlin" in ihrer hiesigen Domäne. Was diese Leute hier schon alles an Verdächtigungen und Verleumdungen gegen die christlichen Gewerkschaften und ihre Mitglieder unternommen haben, das spottet einfach jeder Beschreibung. Bei dem Streit um „Zürich" zogen die „Berliner" nach Steinerosch um von der Höhe aus den bösen Christlichen den Vernichtungskrieg zu proklamieren. Nach einem schwulstigen Redestrom, bei welchem die Richtigstellungen, die dem falschen Prozeßbericht von dem Kongreß gefolgt waren, unberücksichtigt blieben, wurde eine Resolution angenommen, „welche die Brandreden einiger katholischer Führer gegen Papst und Bischof scharf verurteilte." Nicht genug damit, man mißbrauchte auch noch kath. Zeitungen, indem dieselben einfach nach „Berliner" Muster gezwungen wurden, gegen ihren Willen den Berliner Machenschaften ihre Spalten zu öffnen. Dasselbe Experiment mit der kath. Presse machten die „Berliner", als der Schwindelartikel über Düdelingen (Luxemburg) in ihrem Organ erschienen war, wonach ein Christlicher in einer Tumultversammlung über einen Geistlichen geschimpft haben sollte. Alles Sträuben der Redaktion half nichts! „Sitz Berlin" verlangte und erzwang die Aufnahme des ganzen Machwerkes. Bei der Polemik im Anschluß an die Deputation westdeutscher kath. Arbeitervereine beim Papst drohte man sogar im Berliner „Arbeiter" der katholischen Presse mit Boykott, weil sie den Berlinern nicht zu Willen sein wollte. Und Herr Sekretär Altmeier stellte sich früh morgens an die Fabriktore und verteilte Flugblätter gegen die christlichen Gewerkschaften.

So ging es in Verketzerung immerfort. Vor einigen Wochen wurde auf dem Deligiertentag der Berliner ein Kohl gegen die christlichen Gewerkschaften serviert, der derartig ausgefallen war, daß die letzte Sitzung unseres sozialen Ausschusses garnicht übereinkommen konnte, unter welche Kategorie sie diese „Leistung" arrangieren sollte. Natürlich sind alle derartigen Hetzwerke nach ihrem konfessionellen Schema aufgebaut. Der hiesigen Arbeiterschaft die strenggläubig noch hinter ihren Priestern steht, sollte durch derartige Mannöver ein Gruseln vor den Christlichen beigebracht werden. Wer jedoch das Treiben der Berliner objektiv beobachtet und beurteilt, wird bestätigen müssen, daß alles dieses nur Verketzerung und elende Heuchelei ist, die stark erinnert an den bekannten Pharisäer im Tempel. Als Beweis liegt eine Unmenge Material von hier vor, nach welchem das Treiben der „Berliner" selbst gegen hiesige katholische Geistliche geradezu ein Skandal ist. Ihre neueste „Glanzleistung" jedoch verdient zur Charakteristik ihres Systems auch an dieser Stelle festgenagelt zu werden.

Ihr hiesiger Bezirkspräses, Herr Pfarrer Merkelbach-Kirchen war versetzt worden; die Gründe dazu mögen ausscheiden. Zu seinem Nachfolger ernannte die Koblenzer Regierung Herrn Pfarrer Rath aus N.-Fischbach. In Kirchen war man allgemein darüber erfreut, zumal in Arbeiterkreisen, denn dem ernannten Herrn ging neben sonstigen rühmlichen Eigenschaften als Seelsorger der gute Ruf voraus, ein aufrichtiger *Arbeiterfreund* zu sein. Aber den Herren von „Sitz Berlin" war er nicht genehm, weil er kein rassenreiner „Berliner" war, sondern hinreichend verdächtig erschien, zu den christlichen Gewerkschaften hinzuneigen. Und deshalb setzten die „Berliner" Zionswächter kirchlicher Ehrfurcht und Korrektheit mit einer skandalösen Protestaktion gegen einen verdienten und bewährten katholischen Geistlichen ein, der nur den einen Makel hatte, kein blinder Anbeter der „Berliner" Theorien zu sein. Ein gewisser Jemand fand sich bereit, nach Trier zu pilgern, um die bischöfliche Behörde scharf zu machen. Indes mit einem negativen Resultat! „Sitz Berlin" ersann darauf ein neues Mittel! Unter Führung ihres Vizepräses Herrn Kassenrendant Schönborn erschien bei der Koblenzer Regierung eine Deputation aus Kirchen, welche de- und wehmütig bat, den Vorschlag rückgängig zu machen, weil — die Pfarrei es wünscht. (?!) Da man keine Gründe für diesen sonderbaren Wunsch angeben konnte, verlangte die Regierung erst den Nachweis für diese Behauptung, ehe sie die Zurückziehung des Vorschlages näher erwägen könnte. Nach diesem „Körbchen" setzte „Sitz Berlin" einen dritten Akt in Szene, der als ein Schandfleck einzig in seiner Art dasteht. An den Weihnachtstagen zogen in der Pfarrei Kirchen „Berliner" Funktionäre auf Geheiß ihrer „Generalstäbler" mit einer Liste versehen von Haus zu Haus, um Unterschriften zu sammeln gegen den vorgeschlagenen Pfarrer. Was man dabei für „Gründe" angab, um die wahre Ursache zu verschleiern, das spottet jeder Beschreibung. Was alles an Verleumdungen und Verdrehungen gegen den Pfarrer geschehen ist, dieses niederzuschreiben sträubt sich einem die Feder. Jedoch so etwas stört die angeblichen „Zionswächter für kirchliche Autorität" nicht! Wurde auch der Zweck der Verketzerung durch die Zahl der geramschten Unterschriften (in Kirchen fanden sie nur deren drei Halbedutzend) nicht erreicht, so konnte „Sitz Berlin" doch schließlich triumphieren, denn der Pfarrer verzichtete unter solchen Umständen auf die Stelle in Kirchen, was nach dem Vorhergegangenen ja leicht erklärlich ist.

Gegen die hiesige Presse und gegen diejenigen, die in der übergroßen Majorität der Pfarreingesessenen von Kirchen dieses „Berliner" Treiben in geziemender Weise an den Pranger stellten, führten die Herren Altmeier, Schönborn u. Co. einen gequälten Eiertanz auf. Fast jedes Wort, das sie in die Zeitungen schrieben, um wie Pilatus die Hände in Unschuld zu waschen, bestätigt, daß „Sitz Berlin" hier seine Hand im Spiel gehabt hat. Dieses geht auch klar hervor aus einer Versammlungseinladung eines St. Josephsvereins, der an „Sitz Berlin" angeschlossen ist. Der Pfarrer, der auch zugleich Präses ist, stellte auf die Tagesordnung u. a. folgenden Punkt: „Der Delegiertentag (der in Bälde in Betzdorf stattfinden soll. D. V.) wolle beschließen, den Arbeitersekretär Altmeier, sowie den Vorstand des Arbeitervereins Kirchen wegen unkatholischen Benehmens seines Amtes zu entheben." Wie sagten wir doch eingangs dieses Artikels?

Um allerlei Legendenbildungen vorzubeugen, sei festgestellt, daß wir uns mit der fraglichen Angelegenheit nicht befaßt hätten, wenn „Sitz Berlin" nicht unsere christlichen Gewerkschaften mit solcher Gehässigkeit und Unehrlichkeit fortwährend bekämpfen würde. Wir veröffentlichen dieses, um unsern Kollegen an einem Einzelfall zu zeigen, mit welchen Mitteln die „Berlinerei" hier im Siegerland betrieben wird. Den „Berlinern" aber sei bezüglich ihrer neuesten Heldentat ins Stammbuch geschrieben:

„Wie konnt' ich über anderer Sünden
Nicht Worte g'nug der Zunge finden,
Und segnet mich und tat so groß
Und bin nun selbst der Sünde bloß!"

Die dankbare großherzoglich badische Sozialdemokratie.

Die badische Sozialdemokratie hat gewiß allen Grund, gegen die Badische Fabrikinspektion dankbar zu sein. Nicht genug, daß die „Genossen" die Fabrikinspektion, wie im Kampf um Rheinfelden direkt oder indirekt mit Material gegen die christlichen Gewerkschaften versorgt, sondern in ihrer übergroßen Dankbarkeit gehen die Genossen jetzt schon soweit und schreiben der Fabribinspektion Verdienste zu, worauf sie gar keinen Anspruch hat. So wird kürzlich in Nr. 12 des „Volksfreund" (führendes Parteiorgan der „Genossen,) der Fabrikinspektion das Verdienst am Zustandekommen einer neuen Arbeitsordnung bei der Firma Emil Wäldin und Cie. in Lahr zugeschoben. Der „Volksfreund" schreibt:

„*Zur Nachahmung empfohlen.* Neben der Arbeitsordnung, welche die Firma Ernst Kaufmann zu Neujahr eingeführt hat und die sehr viel böses Blut zu schaffen nur geeignet ist, hat u. a. auch die Firma Emil Wäldin u. Cie., Lederfabrik, eine neue Arbeitsordnung ihren Arbeitern unterbreitet, die gegenüber der erstgenannten außerordentlich wohltuend absticht. In einer Zeit, wo man bei der Prinzipalität so sehr wenig soziales und menschliches Verständnis antrifft, soll diese lobenswerte Ausnahme nicht unerwähnt bleiben. Allerdings stammt der Entwurf der Wäldinschen Fabrikordnung auch nicht aus Berlin, *sondern von der badischen Fabrikinspektion.*"

Doch schon in seiner Nr. 15 war die „Volksfreund" gezwungen, folgende Richtigstellung zu bringen:

„*Die Firma Emil Wäldin u. Cie.*, Lederfabrik, schreibt uns: In Ihrer letzten Samstagsnummer bringen Sie eine Notiz aus Lahr, worin auch unserer Firma Erwähnung getan ist. Wir haben von dieser Notiz mit Interesse Kenntnis genommen, gestatten uns jedoch, zu bemerken, daß die für unsern Betrieb eingeführte Arbeitsordnung nicht nur nicht von Berlin, auch *nicht von der Badischen Fabrikinspektion* in Karlsruhe stammt, sondern von *uns selbst* ausgearbeitet und letzterer Behörde lediglich durch das hiesige Bezirksamt zur Begutachtung unterbreitet worden ist, von welcher sie dann auch ohne nennenswerte Aenderungen gutgeheißen wurde. Emil Wäldin u. Cie."

Wenn auch die bedische Sozialdemokratie gewissermaßen der Badischen Fabrikinspektion zu Dank verpflichtet ist, so dürften aber doch solche *Bärendienste* bei jener kein Gefühl der Befriedigung auslösen.

Wie „Sitz Berlin" sein Material zusammenbraut.

In einem vom „Sitz Berlin" herausgegebenen Flugblatt, das an den gesamten Klerus im Deutschen Reich, sogar noch ins Ausland versanot wurde, sowie im Berliner „Arbeiter" Nr. 6 (1910) wird u. a. folgendes behauptet:

„*Mit den sozialdemokratischen Verbänden gegen die katholische Arbeiterorganisation* (muß heißen: *Berliner Fachabteilungen.* Der Verfasser.) kämpften die christlichen Gewerkschaften unter anderm:

. . . . im Metallarbeiterstreik zu Berlin (Juni 1906)."

Diese Behauptung ist unwahr, oder besser gesagt: „Berliner" Blödsinn. Es könnte sich hier doch nur um den christlichen Metallarbeiterverband handeln und dem ist von dieser „Missetat" im Juni 1906 in Berlin" selbst nicht das geringste bekannt. Aehnlich wird wohl noch manch andere Behauptung in dem „Berliner" Tendenzmaterial aussehen.

Um aber keine falschen Schlußfolgerungen aus dieser Richtigstellung aufkommen zu lassen, wollen wir hinzufügen, daß wir es dort als selbstverständlich betrachten, *gegen die Fachabteilungen* Stellung zu nehmen, wo sie die Arbeiterinteressen verletzen und sich getreu ihrem *gelben* Programm auf Seiten der Unternehmer stellen. Dabei fragen wir nicht danach, ob die Sozialdemokraten nun auf unserer oder der anderen Seite stehen. Von einer „*Waffenbrüderschaft der christlichen Gewerkschaften mit den Sozialdemokraten*", die „Sitz Berlin" echt demagogisch zusammenkonstruiert, kann deshalb noch gar keine Rede sein. Die Kluft zwischen uns und der Sozialdemokratie kann durch alles andere, aber durch „Berliner" „Wünsche" und Demagogenkniffe am allerletzten überbrückt werden.

Streiks und Lohnbewegungen.

Düsseldorf. Die in der Reparaturwerkstelle der Eisen- und Drahtindustrie ausgebrochenen Differenzen sind als erledigt zu betrachten, da es dem Betrieb gelungen ist, die Arbeitsstellen neu zu besetzen. Unter den neu eingestellten Leuten befinden sich nach Mitteilung des Vertrauensmannes vom Deutschen Metallarbeiter-Verband auch Mitglieder dieser Organisation. Die Führer dieser Organisation verhängen gemeinsam mit andern Verbänden die Sperre über einen Betrieb und dirigieren im stillen andere Mitglieder ihrer Organisation in den gesperrten Betrieb hinein. Also *organisierter Sperrebruch.* Eine wirklich saubere Moral. — Nährer Bericht über diese lehrreiche Bewegung folgt in der nächsten Nummer.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

Hattingen a. d. Ruhr. Ueber die Eisen- und Stahl-Gießerei der Henrichshütte in Hattingen ist die Sperre verhängt.

Lippstadt. Wegen Differenzen auf der Westfälischen Metallindustrie in Lippstadt ist über diesen Betrieb die Sperre verhängt.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bozen. (Tirol). Vom Verband der christlichen Metallarbeiter Oesterreichs Zahlstelle Bozen werden wir gebeten, folgendes zu veröffentlichen: Etwa zureisende Metallarbeiter werden ersucht, hier keine Arbeit anzunehmen, ohne sich vorher bei der hiesigen Ortsgruppe, Vorsitzender Willy Zell, Kircheierstraße 7, zu erkundigen.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 13. Februar 1910 der siebente Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 20. Februar fällig.

Die Abrechnung vom 4. Quartal fehlt noch von folgenden Ortsgruppen: Beverungen, Chemnitz, Clausthal, Coesield, Commern, Dresden, Eppstein, Gladbeck, Hanau, Kattowitz, Königshuld, Lerbach, Leipzig, Magdeburg, Markirch, Marli-Rebivitz, Neisse, Neustadt i. Schl. Nieder-Eslohe, Oberursel, Oppeln, Paderborn, Prüm, Radevormwald, Rastatt,

Rheinfelden, Richrath, Sayn, Sinsheim, Schwerin, Schwelm, Schwenningen, Vossowska, Wiesbaden, Willich, Worms, Forst. Es sind fast regelmäßig dieselben Gruppen, welche um Einsendung der Abrechnung gemahnt werden müssen. Die zuständigen Bezirksleiter hätten deshalb die regelmäßigen Nachzügler schon in den ersten 4 Wochen zur Abrechnung veranlassen müssen. Wir ersuchen nochmals, nun für sofortige Abrechnung zu sorgen.

Die größeren Ortsgruppen werden ersucht, die überschüssigen Verbandsgelder als Vorschuß für das 1. Quartal an die Hauptkasse zu senden.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Aus dem Verbandsgebiet.

Nürnberg. Der Besuch unserer diesjährigen Generalversammlung war ein besserer als in den beiden vorangegangenen Jahren. Der Jahresbericht wurde vom Koll. Gailer erstattet. Das abgelaufene Jahr stand auch in Nürnberg zum großen Teil noch unter der Ungunst der Wirtschaftskrisis, wenn auch gegen das Vorjahr eine Wendung zum Besseren festgestellt werden kann, wie dies aus dem Kassenbericht ersichtlich ist. Zum Jahresbeginn wurde die Beitragserhöhung von 60 auf 70 Pfg. durchgeführt, ohne daß sich hieraus ein Mitgliederverlust ergab. Der Mitgliederzugang im abgelaufenen Jahre war 73, der Abgang 56, Zuwachs 17 Mitglieder. Versammlungen fanden statt 4 öffentliche, 12 Mitglieder-, 16 Werkstattversammlungen und 12 Vorstandssitzungen.

Im Wahlkampf um die Beisitzerstellen am hiesigen Gewerbegericht waren unsere Kollegen mit Erfolg beteiligt. Die sozialdemokratische Steuerhetze gegen unsere Organisationen erfuhr entsprechende Abwehr. Den Genossen diente dieselbe zur Beruhigung unzufriedener Mitglieder. Gegen die Einführung des Arbeitsnachweises durch den bayerischen Metallindustriellenverband wurde in öffentlicher Versammlung Einspruch erhoben. — Der Kassenbericht, gegen das Vorjahr verglichen, ergibt folgendes Bild:

	1909	1908
Einnahmen der Hauptkasse	8287,45 M.	7755,75 M.
Ausgaben der Hauptkasse	3903,23 M.	6012,03 M.
An die Zentrale abgesandt	4384,22 M.	1743,72 M.
Stand der Lokalkasse am 1. Jan.	432,32 M.	332,95 M.
Einnahmen der Lokalkasse	2541,02	2293,56 M.
Ausgaben der Lokalkasse	2516,11 M.	2193,19 M.
Vermögen am 1. 1. 1910 inkl. Sparkassenguthaben	1457,30 M.	1348,02 M.

Die Erwerbslosenunterstützung erforderte im letzten Jahre 2442,64 Mk. gegen 4178,56 Mk im Jahre 1908.

Die Neuwahlen ergaben fast einstimmige Resultate. Dem wiedergewählten Kassierer und Gründungsmitglied Kollegen Braun wurde für die mehr als 10jährige Kassenführung durch die Generalversammlung besondere Anerkennung gezollt. Die Diskussion zum Jahresbericht erfolgte während des Wahlaktes.

Zuletzt erstattete Kollege Konrad ein Referat über Rüstungen bei Unternehmertum und Arbeiterschaft. Der Vorsitzende kennzeichnete die derzeitigen Erwerbsverhältnisse, die besonders für die Arbeiterschaft selbständige Standesorganisationen notwendig machen. Nur dann sei die Möglichkeit gegeben, auf direktem und indirektem Wege bessere Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Die vorzüglich ausgebauten Unterstützungseinrichtungen bieten überdies den Mitgliedern in schweren Tagen einen zuverlässigen Rückhalt.

Die gelben Agitatoren reden der Abrüstung das Wort, es soll nicht mehr gekämpft werden, auf friedlichem Wege könne mehr erreicht werden. Den betrügerischen Tönen solcher Friedensschalmeien kann die Arbeiterschaft nicht folgen. Die Gelben werden nämlich in dieser Propaganda von den Unternehmern weitgehendst unterstützt, von denselben Unternehmern, welche die berüchtigten Arbeitsnachweise eingeführt haben. Die von den christl. Gewerkschaften herausgegebene Broschüre „aus der Geheimpraxis eines Unternehmer-Arbeitsnachweises" hat diese Arbeitsnachweise als Maßregelungsinstitute entlarvt. Zudem will man nun eine wehrlose Arbeiterschaft um beliebig Verschlechterungen in den Arbeitsverhältnissen durchführen zu können. Für einen denkenden und charaktervollen Arbeiter sei es heute geradezu Ehrenpflicht, sich seiner Standesorganisation anzuschließen. Im Bergbau, Baugewerbe und Holzindustrie sind in jüngster Zeit drohende Gewitterwolken heraufgezogen. Bei Unternehmer- und Arbeiterorganisationen werden schon Extrabeiträge erhoben. Gerüstet wird also hüben und drüben. Die beste Gewähr für den Frieden ist die Kampfesbereitschaft, dieser verdankt die Arbeiterschaft ihre meisten Erfolge. Sorgen wir deshalb dafür, daß auch in Nürnberg die christlich-gesinnten Metallarbeiter den kommenden Ereignissen gerüstet gegenüberstehen.

Der Vorsitzende schloß hierauf die Versammlung mit dem Appell zur eifrigen Mitarbeit aller Kollegen und mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband. Mögen die Wünsche, Worte und Anregungen zum tatkräftigen Mitwirken weitgehenste Beherzigung finden.

Betzdorf-Kirchen. Der Verlauf unserer Generalversammlung bezeugte, daß wir auch im verflossenen Jahre bestrebt gewesen sind, unseren gewerkschaftlichen Aufgaben gerecht zu werden. War es uns auch nicht möglich, den Mitgliederbestand des Vorjahres aufrecht zu erhalten, so haben die Einnahmen doch eine kleine Steigerung erfahren. Sie betrugen 458,80 Mark, gegen 445,80 Mark i. J. 1908. An Unterstützungen wurde ausgezahlt 61,85 Mark. Der Mitgliederrückgang, den die Neuaufnahmen nicht wett machen konnten, hat seine Ursache in dem Stillegen einiger kleineren Hüttenwerke und in der wirtschaftlichen Krise. Leider konnten wir auch hier die Erfahrung machen, daß die Hüttenleute an erster Stelle die „Flinte ins Korn" werfen und sich in ihr Schicksal ergeben.

Dieser allzuleicht auftauchenden Mutlosigkeit gegenüber hat es an Aufklärungsarbeit auch im Berichtsjahre nicht gefehlt. In einigen öffentlichen Versammlungen sprach Koll. Giery-Siegen über: „Wirtschaftskrise und Arbeiterorganisation" und über die „Reichsversicherungsordnung". Ferner Kollege Schmitz-Köln über „Der sieghafte Gedanke der christlichen Gewerkschaftsbewegung." Die in letzterem Vortrag zu Gehör kommenden grundsätzlichen Unterschiede zwischen der sozialdemokratischen Richtung und der unseren machte in Form eines längeren Leitartikels die Runde durch die ganze hiesige Presse. Reich an Stoff waren stets auch unsere 12 Monatsversammlungen. Neben den Verbandsfragen und denjenigen, die unserem wirtschaftlichen oder sozialen Interesse dienten, konnten folgende Vorträge gehalten werden: „Die Wirtschaftskrise im Siegerländer Erzbergbau und Eisenmarkt"; „Die Wahlen der Arbeitervertreter in der Invaliden- und Unfallversicherung"; „Der Zwangsarbeitsnachweis und seine Behandlung vor dem Reichstag" und über „Zweifelhafte Versicherungen". Die Veröffentlichung des diesbezgl. Tatsachen-Materials rief neben großem Aufsehen in der Arbeiterschaft sehr gemischte Urteile hervor. War es auf der einen Seite ein dankbares Anerkennen, so trat die Gegenseite mit heftigem Widerspruch auf den Plan. Eine von den sich hier eingenisteten Schwindelkassen mußte sofort ganz einpacken; alle Mitglieder traten aus. Einer anderen Kasse wurde und wird noch schwer zugesetzt werden müssen. Die Abonnentenversicherungen schrieen Zeter und Mordio, insbesondere schimpfte der Hausfreund wie ein Rohrspatz. Eine Portion „Prügel", sowie auch das Verhalten eines „Sündenspiegels", belehrte ihn eines besseren. Geradezu unglaublich ist es, wenn man selbst in hiesiger Gegend sehen muß, wie derartige zweifelhafte Versicherungen und deren „Literatur" noch immer Boden finden. Nach dieser Richtung hin, sind wir mit aller Energie aufklärend tätig gewesen und zwar mit einem Erfolg, der sich sehen lassen kann. Rühmend ist uns dieses auch von hohen Stellen schon wiederholt anerkannt worden.

Ist es in einem Krisenjahr nicht immer möglich, die gewerkschaftlichen Aufgaben zur Besserung des Arbeitsverhältnisses so auszuführen wie bei guter Konjunktur, so konnte doch manches in diesem Sinne geschehen. Neben zwei Werkstattversammlungen, in denen die vorhandenen Mißstände einer Kritik unterzogen wurden, geschah dieses auch wiederholt in unserm Organ und in der hiesigen Presse. Eine an das Eisenbahnministerium gerichtete Eingabe um Verlegung des 7 Uhrmorgenszuges von Betzdorf nach Kirchen wurde nach längerer Untersuchung, trotz der guten Gründe, abgelehnt. Da der jährliche Lohnausfall der betreffenden Arbeiter zusammen zirka 8000 Mark beträgt, faßten wir den Beschluß, durch die beiden hiesigen Landtagsabgeordneten einen Sonderzug für die kurze Strecke zu beantragen. Die Feierschichten, die die Lokomotivfabrik Kirchen im Laufe des Jahres einzulegen gezwungen war, brachten es mit sich, daß viele auswärtige Arbeiter die Wochenfahrkarten nicht ganz ausnutzen konnten. Nach längeren Verhandlungen mit der Direktionsbehörde in Frankfurt und Elberfeld, konnte dieser Schaden für die Arbeiter beseitigt werden.

Durch diese praktische Tätigkeit ist das Vertrauen der Arbeiterschaft zu unserem Verbande in erfreulicher Weise weiter gestiegen. Auch in den Orten und Gemeinden, wo man durch Vorspiegelung von falschen Tatsachen die Arbeiter bisher gegen uns einzunehmen verstanden hatte. Die gehässige Kampfesweise der Hirsch-Dunker ist schon mehrfach in dieser Zeitung beleuchtet worden. In dem wahrheitswidrig aufgebauschten Fall von Kirchen haben sie sich eine wohlverdiente Blamage geholt und etwas ähnliches könnte ihnen auch bei der bevorstehenden Gerichtsverhandlung in der Klagesache Ziegler gegen den Kollegen Mauer bevorstehen. Die prinzipiellen Kämpfe zwischen den verschiedenen Richtungen der Gewerkschaften in den Gerichtssaal zu verlegen, blieb auch hier den Hirsch-Dunckerschen vorbehalten. Jetzt sollen sie ihren Anteil haben.

Daß der Kampf der Gegner in Zukunft nachlassen würde, dieser Hoffnung wird man sich nicht hingeben dürfen. Auf der einen Seite (Fachabteiler und Hirsch-Duncker) werden die Arbeiter systematisch verhetzt und fanatisiert, auf der andern Seite (Lokalverbändchen, Sterbekassen etc.) werden sie mit Schlafpulver künstlich eingelullt und um ihre Rechte gebracht. Demgegenüber hat unser Verband eine wichtige Mission zu erfüllen, d. h. die Arbeiter auf den rechten Weg einer legalen und energievollen Interessenvertretung zu führen. Das sei unser Leitstern auch im laufenden Jahre. Zunächst gilt es eine umfassende und systematische Kleinagitation zu betreiben, bei der alle Kollegen bis zum letzten Mann mitwirken müssen.

Thale a. H. Unsere Ortsgruppe hielt am 16. Januar ihre ordentliche Generalversammlung ab. Dem Kassen- und Tätigkeitsbericht ist folgendes zu entnehmen. Mitgliederversammlungen wurden alle drei Wochen abgehalten, außerdem monatlich eine Vorstands- Vertrauensmännersitzung. In den Mitgliederversammlungen wurden regelmäßig Vorträge gehalten, meistens durch unsern Vorsitzenden Kollege Winz. Auch der Bezirksleiter Kollege Buchner-Goslar war einmal als Referent erschienen, gleichzeitig aber auch, um im hiesigen evang. Arbeiterverein über das Thema „Die Stellung der Evangl. Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften" zu sprechen. Außerdem hatten wir eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Buchner-Goslar und unser Vorsitzender Kollege Winz ein Referat hielten. Unsere Ausgaben betrugen 875,15 Mark. An die Zentrale wurden 372,52 Mk. gesandt.

Der bisherige Vorstand wurde mit einigen Ergänzungen einstimmig wiedergewählt. Nach der Wahl hielt Kollege Winz einen Vortrag, der mit Beifall aufgenommen wurde.

Es ist nur bedauerlich, daß immer noch einzelne Kollegen den Wert unserer Versammlungen nicht begriffen haben. Da doch in jeder Versammlung ein Vortrag gehalten wird, meist gewerkschaftlicher Natur, so ist es doch wohl anzunehmen, daß in Zukunft ein jeder Kollege zur Versammlung kommt. Der gewählte Vorstand verspricht für die Zukunft das möglichste in der Ausgestaltung der Versammlungen zu leisten. Wenn ihm das seitens der Kollegen bei der Wahl mit übergroßer Mehrheit bekundete Vertrauen fortdauernd entgegengebracht und durch rege Mithilfe das Amt erleichtert wird, kann es nur zum Segen unserer Thaler Ortsgruppe sein. Nicht zuletzt aber auch zum Vorteil der einzelnen Kollegen selbst. Nur durch rührige Mitarbeit und Unterstützung sämtlicher Kollegen, durch gemeinsame, unermüdliche Arbeit aller Kräfte können wir unsere Sache vorwärts bringen, wie es im Interesse der hiesigen Arbeiter notwendig ist. Darum Mann für Mann eingetreten in die Organisationsarbeit für unsern Verband.

Neudingen Am Sonntag den 23. Januar wurde seitens der christlichen Gewerkschaften am hiesigen Orte eine große öffentliche Volksversammlung veranstaltet. Bezirksleiter Hautli-Tuttlingen behandelte das Thema: „Bierpreiserhöhung und sozialdemokratische Gewerkschaften". An der Hand der bestehenden Tatsachen wies der Referent nach, daß die von den Brauereibesitzern geforderte Bierpreiserhöhung ungerechtfertigt ist. Einigkeit des gesamten konsumierenden Publikums in der Einschränkung des Bierverbrauchs in der Weise, daß der Bedarf nur bei Wirten gedeckt werde, von denen der Brauer keinen Aufschlag gefordert hat, sei das einzige Mittel zur Abwehr der Bierpreiserhöhung. In Anbetracht der geschilderten Sachlage sei es bedauerlich, daß die sozialdem. Gewerkschaften eine so klägliche Haltung zu dieser Frage einnehmen. Statt die Interessen der Arbeiter zu vertreten, halten sie zu den Unternehmern und zum Großkapital.

Diese Feststellungen waren den anwesenden Genossen höchst unbequem. Ein wahres Indianergeheul brach los und einer der „ganz Wilden" stürzte auf den Referenten los und verging sich tätlich an ihm. Nur der Ruhe und Besonnenheit der christlichen Gewerkschaftler war es zu verdanken, daß die Versammlung nicht in eine regelrechte Schlägerei ausartete. In der anschließenden Diskussion meldete sich keiner von den Hauptschreiern zum Worte. Der Vorsitzende Bezirkssekretär Berchtold bezeichnete das rüpelhafte Benehmen der Genossen als einen Schandfleck der Neudinger Sozialdemokratie. Er schloß die Versammlung mit dem Appell an die Kollegen, jederzeit fest und treu zur gerechten Sache der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu halten.

Villingen. Unter verhältnismäßig guter Beteiligung fand am 16. Januar unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Schrenk erstattete den Jahresbericht. Demzufolge hat sich unsere Ortsgruppe im Berichtsjahre gut gehalten. Der Mitgliederstand hat sich trotz der Wirtschaftskrise auf der gleichen Höhe gehalten wie im Vorjahre. Mit etwas mehr Opferwilligkeit und Ausdauer in der Agitation ist zu hoffen, daß es mit der Entwicklung der Ortsgruppe im laufenden Jahr bedeutend vorwärts geht.

Der Kassenbericht zeigt ein gutes Bild. Kollege Kurz wies besonders auf die namhaften Unterstützungen hin, die bei Erwerbslosigkeit und Krankheit ausbezahlt wurden. Nachdem die Neuwahlen des Vorstandes getätigt und der geschäftliche Teil damit erledigt war, referierte Kollege Kuhn-Pforzheim über den Landfriedensbruchprozeß in Waldshut und den Kampf der Gegner gegen unsere Organisation. Er schilderte die Vorgänge bei dem Krawall in Rheinfelden und den daraus entstandenen Landfriedensbruchprozeß. Das Verhalten des Staatsanwaltes während der Verhandlung fordere die Kritik aller objektiv Denkenden heraus. Das offensichtliche Bestreben desselben, den Kollegen Engel zum Hauptschuldigen zu stempeln, sei erfolglos geblieben. Der beste Beweis dafür, wie wenig von den Anschuldigungen, die von seiten der Gegner erhoben werden, zu halten ist. Sonderbar müsse es jeden denkenden Arbeiter berühren, daß sich sozialdemokratische Gewerkschaftsführer ungerufen zum Sekundanten des Staatsanwalts aufschwangen, als derselbe gegen eine Arbeiterorganisation vorging und die Erfolge des Streikes in Badisch-Rheinfelden der Staatsgewalt zuschrieb. Aus dem Verhalten der Gegner spreche der unbändige Haß gegen unsere christlichen Gewerkschaften. Durch diese unverschämte Hetze werde zwar nicht unsere christliche Gewerkschaftsbewegung zurückgehalten, wohl würde aber dadurch das Ansehen der gesamten Arbeiterbewegung schwer geschädigt.

Angesichts der Tatsache, daß unsere Gewerkschaftsbeamten, nach dem bekannten Prinzip der Sozialdemokraten: den Mitgliedern zu schmeicheln und den Führern vor den Bauch zu treten, mit den schofelsten Mitteln bekämpft werden, sei es Pflicht der Kollegen, unsere Beamten nach Kräften im Kampfe zu unterstützen. Das beste Mittel dazu sei, daß die Kollegen dafür sorgen, daß das schmähliche Gebaren der Gegner in den weitesten Arbeiterkreisen bekannt würde.

Radolfzell. Hier an der südlichen Grenze des deutschen Reiches, am sagenumwobenen schwäbischen Meer, hat unsere christliche Gewerkschaftsbewegung schwierigen Boden. Hindernisse und Schwierigkeiten überall. Wenn unsere Ortsgruppe trotzdem im vergangenen Jahre noch Fortschritte gemacht hat, so ist das ein Beweis, daß wenigstens eine Anzahl unserer Kollegen rastlos am Ausbau des Verbandes gearbeitet haben.

Mit dieser Anerkennung konnte der Jahresbericht des Vorsitzenden in unserer diesjährigen Generalversammlung am 29. Januar eingeleitet werden. Daran knüpfte der Berichterstatter aber die dringende Mahnung, im laufenden Jahre nicht zu erlahmen, im Gegenteil müsse noch intensiver gearbeitet werden, vornehmlich in der Agitation, um die noch abseits stehenden Metallarbeiter für unsere Sache zu gewinnen.

Diejenigen Kollegen aber, die im vergangenen Jahre wenig oder gar nicht praktisch mitgewirkt hätten, die müßten alle Lauheit und Bequemlichkeit ablegen und in Zukunft ebenfalls ihren Mann stellen, denn vereinte Kraft nur Großes schafft. Die Agitation dürfe nicht den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern allein anheimgestellt werden, sondern jeder einzelne Kollege müsse sich für das Wachstum der Ortsgruppe verantwortlich fühlen und nach besten Kräften mitwirken.

Der Kassenbericht wurde mit Befriedigung aufgenommen und dem Kassierer Entlastung erteilt. (Warum wird denn nichts aus dem Kassenbericht mitgeteilt? Die Red.) Nach Erledigung der Neuwahlen des Vorstandes wie mehrerer Vertrauensmänner appellierte der Vorsitzende im Schlußwort an die treue Pflichterfüllung aller Mitglieder. Jeder solle es als Ehre betrachten, die Versammlungen regelmäßig zu

besuchen und jede Gelegenheit zur Schulung und Weiterbildung zu benutzen. In der Agitation müsse ein edler Wetteifer unter den Kollegen vorhanden sein. Wenigstens ein neues Mitglied müsse jeder in diesem Quartal für den Verband erobern, das sei nicht so schwierig, wenn nur der gute und feste Wille dazu vorhanden wäre. In dieser Hoffnung wurde die Generalversammlung geschlossen. Nun liegt es an unsern Mitgliedern, die schönen Worte in die praktische Tat umzusetzen. Wohlan denn, auf die Schanzen, an die Arbeit!

Duisburg. Am Sonntag, 30. Jan., hielt die Ortsgruppe 1 im Lokale Küppers ihre diesjährige Generalversammlung mit Jahresbericht und Vorstandswahlen ab. Der erstattete Bericht über das verflossene Geschäftsjahr zeigte ein Bild regsamer, erfolgreicher Tätigkeit des Verbandes zugunsten der Duisburger Metallarbeiter. Hat das letzte Jahr, das noch immer im Zeichen der wirtschaftlichen Krise stand, auch keinen bedeutenden Mitgliederzuwachs gebracht, so ist dennoch eine ganze Reihe von Erfolgen bei Lohnbewegungen zu verzeichnen, welche die Position des Verbandes nach innen und außen bedeutend stärkten. So gelang es u. a. eine für den Hochofenbetrieb der Kruppschen Friedrich Alfredhütte angekündigte Lohnreduzierung durch energisches Eingreifen des Verbandes zu verhindern. Ebenso konnte auf der Niederrheinischen Hütte das Ansinnen der Direktion an die Former, Streikarbeit zu verrichten, zurückgewiesen werden. Die bereits ausgesprochene Kündigung der Former mußte zurückgenommen werden. Bei dem drei Wochen dauernden Streik auf der Maschinenfabrik vorm. Ulfers, der mit einem Tarifschluß endigte, war der Verband ebenfalls beteiligt. Eine große Zahl öffentlicher und Betriebsversammlungen beschäftigte sich mit Mißständen auf fast allen größeren Werken. Auch durch diese öffentliche Kritik gelang es in vielen Fällen geplante Verschlechterungen abzuwehren und Verbesserungen durchzusetzen.

Nach dem Kassenbericht beträgt die Gesamteinnahme 13 790,45 Mk., von denen 5728,27 Mk. an die Hauptkasse übermittelt wurden. Die ausgezahlten Unterstützungen betrugen: bei Krankheit 3774,86 Mk., bei Arbeitslosigkeit 373,16 Mk., an Reiseunterstützung 128 Mk., an Umzugsunterstützung 20 Mk., an Streikunterstützung 66 Mk. an Maßregelungsunterstützung 26 Mk., an Sterbegeld 70 Mk. Die Unterstützungen, die an die Mitglieder gewährt wurden, betrugen also insgesamt 4458,12 Mk. und übersteigen die in den Vorjahren aufgewendeten Summen ganz bedeutend. Es zeigt dies recht deutlich, welche Stütze die Verbandsmitglieder in allen Notlagen des Lebens an ihrer Berufsorganisation haben. In der Lokalkasse verbleibt noch ein Bestand von 308,36 Mk.

An Versammlungen fanden statt 6 öffentliche, 54 Mitglieder-, 20 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen und 66 Werkstattbesprechungen.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde die Leitung der Ortsgruppe wieder in die Hände des langjährigen Vorsitzenden Adam Ketzer gelegt. Als praktisches Resultat der Generalversammlung wurde nach eingehender Diskussion des Jahres- und Kassenberichts ein gut durchgearbeiteter Agitationsplan für die nächsten Wochen besprochen. Die bisher mit anerkennenswertem Erfolg eifrig betriebene Hausagitation soll weiter fortgesetzt werden. An der regen Beteiligung der Kollegen wird es liegen, die große Zahl der Unorganisierten aufzurütteln und ihnen den Weg in die Organisation zu zeigen. An den Erfolgen, die der Verband durch seine nieruhende Tätigkeit und Kritik aller Mißstände leistet, nehmen auch die ihm Fernstehenden zu ihrem Vorteil gern teil. Sie immer wieder darauf hinzuweisen, wird die Aufgabe der Vertrauensmänner sein. Ist es erst gelungen, einmal größere Massen von Arbeitern der schweren Industrie zum Anschluß an die Organisation zu bewegen, dann wird es noch weit intensiver möglich sein, direkte Erfolge auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Und das muß auch das erste Bestreben der Duisburger Kollegen sein.

Regensburg. Am 15. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Dem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden Dobmeier war zu entnehmen, daß zwei öffentliche und 11 Monatsversammlungen stattfanden, in denen soziale und wirtschaftliche Vorträge gehalten wurden, wodurch das Interesse der Kollegen geweckt und der Besuch ein guter war. In 8 Ausschußsitzungen und 4 Werkstättenversammlungen wurde betreffend Agitation das Möglichste geleistet.

Durch Abschluß eines Tarifvertrages mit der Firma Sinz (Maschinenfabrik) hier, konnte für mehrere Kollegen eine Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung erreicht werden. Dank des Entgegenkommens seitens der Firma konnte dieses auf friedlichem Wege geschehen.

Die Zahl der Mitglieder hat sich im abgelaufenen Jahre mehr denn verdoppelt, trotz der gegnerischen, teilweisen unehrlichen Agitation. Der Kassenbericht war zufriedenstellend. Die Wahl des Vorstandes ergab ein einstimmiges zufriedenstellendes Resultat.

Der Vorsitzende ermahnte in seinem Schlußwort die Kollegen zur eifrigen gewerkschaftlichen Pflichterfüllung. In der Agitation müsse noch mehr wie bisher geschehen, um unsere Sache auch im kommenden Jahre wieder einen guten Schritt vorwärts zu bringen. Im nächsten Jahresbericht müssen wir wiederum eine Verdoppelung unserer Mitgliederzahl vermelden können.

Bromberg. Unser Verband hat hier im Osten überhaupt einen schweren Stand. Im vergangenen Jahre kam die Einwirkung der Wirtschaftskrise hinzu, die unsere Entwicklung weiter behinderte. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten hat sich unsere Zahlstelle noch gut entwickelt, hat sich unsere Mitgliederzahl doch erheblich gesteigert. Die Einnahmen betrugen 674 Mk., die Ausgaben 376,68 Mark. An die Zentralkasse wurden 385,92 Mark abgesandt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 134,26 Mk. und eine Ausgabe von 116,43 Mk. An dem Schlosserstreik bei der Firma Blumwe waren eine Anzahl Mitglieder unseres Verbandes beteiligt. Im vergangenen Jahre ist in unserer Ortsgruppe rührig gearbeitet worden, im laufenden Jahre muß noch intensiver gearbeitet werden, um unsere Ortsgruppe auf die Höhe zu bringen.

Soweit die wesentlichsten Punkte unseres Jahresberichts, den der Vorsitzende in der Generalversammlung am 23. Januar erstattete, und der von den Mitgliedern mit Befriedigung aufgenommen wurde. In der Debatte wurde zu dem städtischen Arbeitsnachweis in Bromberg Stellung genommen und die freiwillige Sammlung für die Opfer des Prozesses von Rheinfelden warm empfohlen. Nach Erledigung der Vorstandswahlen hielt der Vorsitzende ein begeisterndes Schlußwort, worin er besonders zur eifrigen, unermüdlichen Agitation ermahnte und hiermit war die Generalversammlung zu Ende. Kollegen von Bromberg! Jetzt stelle jeder seinen Mann, alle Kräfte für den Verband anspannen, damit unsere Sache weitere Fortschritte macht zum Wohle der hiesigen Arbeiterschaft.

Darmstadt. Das verflossene Jahr hat die Wirkungen der Krise hier besonders empfindlich für die Arbeiter in Erscheinung treten lassen. Die Lohnverhältnisse haben sich sehr verschlechtert und sonstige Nachteile mußten von der Arbeiterschaft ebenfalls in Kauf genommen werden. Trotzdem hat sich die Mitgliederzahl nicht nur gehalten, sondern noch etwas gebessert. So konstatiert der Jahresbericht, der in unserer Generalversammlung am 27. Januar vom Vorsitzenden erstattet wurde. Wenn wir die begonnene Hausagitation richtig weiterbetreiben und systematisch durchführen, so werden wir auf weitere Erfolge bestimmt hoffen können. Der Vorsitzende erwähnte die hier stattgefundene Bezirkskonferenz der christlichen Gewerkschaften von Darmstadt-Heppenheim, an der die Vertreter von 500 christlich organisierten Arbeitern teilnahmen. Die Anregungen dieser Konferenz müßten nun beharrlich in die Praxis übertragen werden, sonst hätten derartige Veranstaltungen ihren Zweck verfehlt. Die christlichen Arbeiter an der Bergstraße und im Odenwald müßten endlich aufwachen und mehr wie bisher ihre Sache öffentlich vertreten.

Gegen den Kassenbericht war nichts einzuwenden, und so wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. (Das interessiert die sonstigen Kollegen im Verband weniger wie die sachlichen Angaben aus dem Kassenbericht, die in diesem Bericht aber fehlen. Red.) Nach Erledigung der Vorstandswahlen ermahnte der Bezirksleiter Kollege Scherer die Mitglieder zur treuen Pflichterfüllung als organisierte Arbeiter. Jeder einzelne Kollege müsse mitarbeiten, besonders als Agitator, sonst sei es schwer, Fortschritte zu erzielen. In Darmstadt sei bisher nach der Richtung hin zu wenig geschehen, sonst würde und müsse es um unsere Sache besser stehen. Im laufenden Jahre sollten deshalb alle Kollegen ihre ganze Kraft einsetzen, dann würden sich auch die Erfolge zeigen.

Dieser Appell wurde vom Vorsitzenden Kollegen Wesp in seinem Schlußwort noch unterstrichen und die Hoffnung ausgesprochen, daß uns dieses Jahr eine Verdoppelung unserer Mitgliederzahl bringen möge. Damit war die Generalversammlung erledigt. An den Mitgliedern liegt es nun, die praktische Ausführung der vielen Anregungen in die Hand zu nehmen und nicht zu ruhen und zu rasten, bis wir die christlich gesinnten Berufskollegen von Darmstadt für unsern Verband gewonnen haben.

Hoppecke-Bontkirchen. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 6. Januar unter reger Beteiligung der Kollegen statt. Aus dem Jahres- und Kassenbericht ist folgendes zu ersehen. Mitgliederzahl am 31. Dezember 1908 34, 31. Dezember 1909 74, mithin eine Zunahme von 40 Mitgliedern im Jahre 1909. Versammlungen fanden statt: 4 öffentliche, 12 Mitglieder- und 16 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen. Der Bestand der Lokalkasse am 31. Dezember 1908 betrug 38,01 M. Die Gesamt-Einnahme betrug 1711,61 M., die Gesamt-Ausgabe 1570,05 M. Lokalkassenbestand am 31. Dezember 1909 141,56 M. Den Mitgliedern kamen sofort wieder zu gute durch Unterstützungen 285,90 M.

Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Aufgabe der Mitglieder ist es nun, treu zu dem gewählten Vorstande zu halten, und bis zum letzten Mann nach bestem Können zu arbeiten. Nur dann, wenn wir treu zusammen halten, unsere ganze Arbeit auf Gegenseitigkeit und Vertrauen beruht können wir geschlossen und erfolgreich für unsere Ziele und Ideale eintreten. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Kollegen, sein Wissen und Können stets zu erweitern was ihm in Versammlungen und Schriften geboten wird, auch praktisch im Leben zu gebrauchen und zu verwerten. Nur wenn in diesem Sinne treu gearbeitet wird, können wir auch im neuen Jahre auf Erfolg rechnen.

Olpe. Am Sonntag, den 23. Januar hielt unsere Ortsgruppe die diesjährige Generalversammlung ab, zu der die Mitglieder sehr zahlreich erschienen waren. Aus dem Jahres- und Kassenberichte des Vorstandes war zu entnehmen, daß die Ortsgruppe auch in diesem Jahre gute Fortschritte gemacht hat. Die Mitgliederzahl hat sich verdreifacht und dementsprechend sind auch die Einnahmen gestiegen. Die Vorstandswahl ergab die einmütige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles hielt Kollege Giertz (Siegen) einen Vortrag über den Arbeitsnachweis. Einleitend betonte er, daß es sich bei der Arbeitsnachweisfrage nicht nur um eine Frage der Bergleute, sondern der gesamten organisierten Arbeiterschaft handele. Er zeichnete dann in großen Zügen die Tätigkeit des Mannheim-Ludwigshafener Arbeitsnachweises und zeigte an dem Vorgehen des Plettenberger Arbeitgeberverbandes, daß auch die Arbeiterschaft von Olpe und Umgegend alle Ursache hat, auf der Hut zu sein. Der letztgenannte Nachweis sperrt ebenfalls alle Arbeiter, die sich mißliebig gemacht haben, auf die Dauer von drei Monaten aus.

An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion, in der sämtliche Redner dem Vortragenden zustimmten und ebenfalls die Anwesenden aufforderten, dafür zu sorgen, daß auch im neuen Jahre immer mehr Arbeiter dem Verbande zugeführt würden. Nachdem noch zum Schluß einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Danzig. Am 23. Januar fand unter sehr guter Beteiligung unsere diesjährige Generalversammlung statt. Nach den Angaben des Kassierers Horn stieg die Mitgliederzahl von 61 Ende des Jahres 1908 auf 127 am Jahresschluß 1909. Der höchste Mitgliederstand war 148 und wurde nach dem Klempnerstreik erreicht. 116 Neuaufnahmen und 9 Uebertritte vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband waren zu verzeichnen. Demgegenüber standen 55 Streichungen und 4 Abgereiste.

Die Einnahmen aus dem Markenverkauf betrugen 2466,10 Mk. Von der Zentrale wurden 2081,86 Mk. für Streikunterstützung gesandt. Dem stand eine Ausgabe von 221,47 Mk. für Kranken-, 535,30 Mk. für Arbeitslosen, 12 Mark Reiseunterstützung, 65 Mk. Rechtsschutz und 2081,86 Mark für Streikunterstützung gegenüber. Der Lokalkasse verblieben 265,79 Mk. An die Zentralkasse abgesandt wurden 1195,51 Mk. Die Lokalkasse balanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 435,25 Mk. Die Gesamtdurchschnittszahl der Wochenbeiträge pro Jahr und Mitglied stellte sich auf 39,34, was sich dadurch erklärt, daß der Mitgliederzuwachs sich fast ausschließlich auf das letzte Halbjahr bezog.

Als bemerkenswertester Vorgang im Jahresbericht ist der Verlauf des Klempnerstreiks zu betrachten. Die Leitung unserer Ortsgruppe hatte es verstanden, vom sozialdemokratischen Verband, der uns anfangs ignorieren wollte, die Anerkennung und das Mitbestimmungsrecht zu erzwingen. Trotzdem glaubte der sozialdemokratische Verbandsbeamte Frängel in seiner Ueberhebung allein nach Willkür vorgehen zu dürfen. Er verweigerte den Unorganisierten, die fast ein Drittel der Gesamtzahl der am Streik Beteiligten ausmachten, die vorher zugesagte Streikunterstützung. Die Folge davon war der bekannte Krakehl. Die bezugsberechtigten Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatten dadurch das Vertrauen an dem Gelingen der Bewegung verloren und wurden teils zu Streikbrecher. Der Wirrwarr und die Stimmung unter den Treugebliebenen war darob heillos. In diesem Moment ergriff unser Verband die Zügel der Bewegung. Er gewährte die Unterstützung und stellte das Vertrauen wieder her. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes, die bereits zu den Streikbrechern gegangen waren, schlossen sich den Streikenden darauf wieder an. Nach siebenwöchentlichem Streik konnte als Resultat ein voller Erfolg durch Abschluß eines Tarifvertrags mit den Unternehmern verzeichnet werden.

Trotz verzweifelter Anstrengung der Sozialisten war es ihnen nicht möglich, die sich selbst bereitete Niederlage auszuwetzen. Auch ein zweites Mal gaben uns die Sozialisten Material zu einem agitatorischen Vorstoß. In diesem Fall durch Verteilung eines Steuerflugblatts, in welchem sie unsere parlamentarisch tätigen Führer verdächtigten. Dies geschah am Jahresschluß und gab uns Veranlassung, das arbeiterverräterische und heuchlerische Gebaren der Genossen gründlich aufzudecken. Die Genossen gerieten darob dermaßen in Raserei, daß sich eine, auch die indifferente Arbeiterschaft aufwühlende scharfe Preßfehde entspann. Auch hierbei fanden wir willkommenen Anlaß, unsere Idee in die Kreise der Danziger Arbeiterschaft zu tragen. Die Früchte dieser Bewegung sind erst im laufenden Jahr zu verbuchen. — Insgesamt sind 17 000 Agitationsflugblätter verteilt worden.

Mit dem Wachstum der Mitgliederzahl hielt der Ausbau des Vertrauensmännersystems gleichen Schritt. Recht merklich ist der geistige Fortschritt unserer Bewegung und die Begeisterung für unsere große Sache. Die Hoffnung aussprechend, daß das neue Jahr noch bessere Resultate zeitigen möge, schloß der Vorsitzende Kollege Nowack den mit Beifall aufgenommenen Jahresbericht. Nach einer ausführlichen Diskussion zum Geschäftsbericht wurde die Vorstandswahl getätigt, und hierauf die anregend und begeisternd verlaufene Generalversammlung mit einem kräftigen Hoch auf unsern christlichen Metallarbeiterverband geschlossen.

Soziales.

Die Dortmunder Ortskrankenkasse vor dem Zusammenbruch.

Vier Jahre üben die Sozialdemokraten ihre Herrschaft in der Dortmunder Ortskrankenkasse aus. Große Versprechungen wurden den Mitgliedern gemacht, wie es stets seitens der Sozialdemokratie vor Wahlen üblich ist. Die Geschäftsführung der christlichen Vertreter, in deren Hände sich vor oben genanntem Zeitpunkt die Ortskrankenkasse befand, wurde verdächtigt. Die „Genossen" hatten jetzt 4 Jahre Zeit und Gelegenheit, zu beweisen, daß sie in der Lage sind, nicht nur Anwürfe zu machen und die christlichen Gewerkschaften zu verdächtigen, sondern die Sache besser zu machen. Heute ist man in der Lage, sich darüber ein Urteil zu erlauben.

Das Verwaltungstalent der Genossen hat kläglich Fiasko gemacht. Nachdem man bereits früher gezwungen war, eine Beitragserhöhung vorzunehmen, sieht man sich auch jetzt wieder vor die Tatsache gestellt, erneut zu „Reformen" zu schreiten. Jeder Gewerkschaftler wird nun erwarten, die „Genossen" würden in bedrängter Lage neuerdings eine Beitragserhöhung vorgenommen haben, um einmal erworbene Rechte nicht mehr preiszugeben. Aber weit gefehlt. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Vorstandes (die christlichen wurden im Vorstand nicht berücksichtigt, trotzdem sie über 150 Ortskrankenkassenvertreter verfügen) unterbreiteten der Generalversammlung am 23. Januar einen Antrag auf Kürzung der Rechte und zwar wie folgt: 1. das Krankengeld soll von 11 Zwanzigstel des Tagelohnes auf 10 Zwanzigstel ermäßigt werden. 2. Die Arzneikosten für Familienangehörige sollen nicht zur Hälfte von der Kasse getragen werden, sondern nur zu 1/4. 3. Die Zahnbehandlung für Familienangehörige vollständig zu beseitigen. 4. Die Unterstützung für Entbindungen von 15 auf 5 Mark zu ermäßigen. Derartige Vorschläge wagte man den Vertretern zu unterbreiten. Dem entschiedenen Auftreten der christlichen Vertreter war es zu verdanken, daß diese Anträge abgelehnt wurden. Groß war die Wut der Obergenossen ob dieser Niederlage. Einer derselben äußerte sich, man werde schon dafür Sorge tragen, daß in der nächsten Generalversammlung die Vertreter der freien (lies sozialdemokratischen) Gewerkschaften für die Anträge des Vorstandes stimmen würden. Wo bleibt hier die Freiheit? Hoffentlich bleiben die sozialdemokratischen Vertreter, trotz des peinlichen Verfahrens, das hinter den Ku-

lassen gegen sie eröffnet wird, fest, und lassen sich nicht zum Arbeiterverrat mißbrauchen.

Die Dortmunder Arbeiterschaft ist wieder um eine Erfahrung reicher. Ueber die offensichtliche Unfähigkeit der Genossen hilft auch der Einwurff betreff Einwirkung der Krise nicht hinweg. Eine solche besteht z. Zt. genau so für die Bochumer Ortskrankenkasse, die mit denselben Arbeitsverhältnissen zu rechnen, aber nur 12000 Mitglieder zählt (gegen 24000 der Dortmunder) und trotzdem in der Lage war, seit 1907 namhafte Verbesserungen für die Mitglieder vorzunehmen. Allerdings liegt hier die Leitung in den Händen der christlichen Vertreter. Die Dortmunder Genossen leiden an Größenwahn und Ueberhebung. Im Kritisieren groß, im Leisten klein! Der Dortmunder Bürgermeister Eichhoff hatte nicht unrecht, als er vor kurzem im Stadtverordnetenkollegium erklärte: „Den Sitz, auf welchen sie (die Genossen) erhoben wurden, sollten sie nicht als Lehrstuhl, sondern als Schulbank betrachten". Hier liegt die Frage nahe: „Wie lange wird von den Genossen der Zukunftsstaat verwaltet werden können, ohne daß der Bankrott angemeldet werden muß, wenn die Genossen sich schon hier als unfähig gezeigt haben. Sollte die Herrlichkeit auch nur 4 Jahre dauern, wie bei der Ortskrankenkasse? Wenn dem so ist, dann bedauern wir die armen sozialdemokratischen Arbeiter, denn die Opfer, welch für die kurze Herrlichkeit aufgebracht werden, wiegt der Zukunftsstaat bei weitem nicht auf. Darum ihr Arbeiter, rückt ab von einer derartigen Arbeiterbewegung und schließt euch einer solchen an, die praktische Gegenwartsarbeit leistet und das sind die christlichen Gewerkschaften.

Dienstaltersprämien für Arbeiter.

Während das Gehalt der Beamten mit dem zunehmenden Dienstalter allgemein bis zu einem gewissen Höchstsatz steigt, bleibt das Einkommen der Arbeiter fast immer auf dem gleichen Niveau. Das Einkommen des Arbeiters wird deshalb mit dem Anwachsen der Familie nicht im geringsten erhöht, ein junger Arbeiter ohne Familie erhält ebensoviel wie ein älterer Arbeiter mit 4 oder 5 kleinen Kindern. Verschiedene Stadtverwaltungen haben nach dieser Richtung schon einen Ausgleich geschaffen, indem die verheirateten Arbeiter sogenannte Familienzuschüsse erhalten. Je nach der Zahl der noch schulpflichtigen Kinder wird den Arbeitern ein Zuschuß gewährt. Eine ähnliche Einrichtung hat jetzt die Staatsregierung in Hessen geschaffen. Alle Arbeiter in den staatlichen Betrieben sollen in Zukunft sogenannte Dienstaltersprämien erhalten. Zum Unterschied von den Familienzuschüssen richten sich diese Prämien aber nicht nach der Anzahl der Kinder, sondern lediglich nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses.

Die Zahl der Bergarbeiter in Preußen.

Der Bergbau hat in den letzten Jahrzehnten einen gewaltigen Aufschwung genommen. Das zeigt nicht zuletzt auch die Steigerung der Belegschaftsziffer von 1879 bis 1908. Während die Zahl der in Preußen beschäftigten Bergleute im Jahre 1879 zusammen 231782 betrug, gab es deren im Jahre 1908: 642745. Von letzteren kamen auf unterirdisch und in Tagebauten beschäftigte eigentliche Bergarbeiter 326864, sonstige unterirdisch und in Tagebauten beschäftigte Arbeiter 144025, über Tage beschäftigte Arbeiter ausschließlich der jugendlichen und weiblichen 141470, jugendliche männliche Arbeiter unter 16 Jahren 23395, weibliche Arbeiter 6991. Auf den Steinkohlenbau kamen im Jahre 1879 insgesamt 147939 Arbeiter, im Jahre 1908: 527242. Der Braunkohlenbergbau, der 1879 nur 18593 Arbeiter beschäftigte, zählte im Jahre 1908 51988 Bergarbeiter; der Erzbergbau zählte 1879 24299 Bergleute, im Jahre 1908 32762. Der Kupferschieferbergbau stieg in den letzten dreißig Jahren von 8971 auf 15457 Arbeiter und der Salzbergbau infolge Erschließung der Kalisalzlager von 1612 auf 15296 Arbeiter.

Zur Frage der Berufswahl

werden in der Sozialpolitischen Korrespondenz des Volksvereins für das katholische Deutschland folgende Fingerzeige gegeben:

Der diesjährige frühe Ostertermin legt den Gedanken an eine rechtzeitige und sorgfältige Berufswahl besonders nahe. Sorgfältig muß diese Berufswahl, d. h. die Wahl eines richtigen Lebensberufs für die schulentlassene Jugend deshalb getätigt werden, weil von derselben für das körperliche und geistige Leben des spätern Staatsbürgers und Gliedes unserer Volkswirtschaft so unendlich viel abhängt.

Eine Reihe von Momenten, die an dieser Stelle nur kurz angedeutet seien, muß deshalb bei der Berufswahl beachtet werden. Da gilt es zunächst, den körperlichen Anforderungen, die der einzelne Beruf an seinen Träger stellt, und die recht verschieden zu sein pflegen, gerecht zu werden. Nicht minder ist dies bezüglich der geistigen der Fall, zumal das moderne Wirtschaftsleben mit seinem Jagen und Hasten hier besonders viel verlangt und heutzutage Wissen ganz besonders Macht, d. i. wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bedeutet. Nach dieser Prüfung frage man sich nach den Aussichten, die ein Beruf nach menschlicher Voraussicht für die Zukunft bietet. Ganz und gar verkehrt wäre es da, einen Beruf zu wählen, von dem man sieht, daß er im modernen Produktionsprozeß ausgespielt hat und sein Terrain im wesentlichen an die maschinelle Produktion hat abgeben müssen. Man denke hier z. B. an die Handweberei, Seilerei usw. Dagegen weisen andere Berufe, die mehr der modernen wirtschaftlichen Entwicklung ihr Dasein verdanken — man erinnere sich z. B. der Elektrotechnik, der Installation — sowie der Befriedigung der täglichen Konsumsbedürfnisse (Bäcker, Metzger) oder des individuellen Geschmacks (Bekleidungs-, künstlerische Gewerbe) dienen, auch heute bei kleinem Kapitalbesitz und persönlicher Leistungsfähigkeit gute Aussichten auf.

Mit diesem Punkte haben wir zugleich die Frage berührt: Gelernter oder ungelernter Beruf? Und da merke man sich die Regel: Im Interesse des späteren wirtschaftlichen Fortkommens empfiehlt sich in erster Linie die Wahl eines gelernten Berufs. Nur in den Fällen, wo Dürftigkeit der Eltern ein Mitverdienen der Kinder schon nach der Schulentlassung zur unbedingten Notwendigkeit macht, trete man in einen ungelernten Beruf (Fabrik usw. ohne besondere Lehre) ein. Sonst wähle man ein Handwerk, das, wie oben schon angedeutet, auch heute in der Zeit stark entwickelter Konkurrenz noch einen guten Boden hat. Nur wolle man bedenken, daß zu einer späteren Selbständigkeit hier immerhin schon ein kleineres Kapital notwendig ist. Weniger Aussicht bietet zur Selbständigmachung der Kaufmannsberuf, da hierzu schon ein größeres Kapital Vorbedingung ist. Man vergesse auch nicht, daß zu dem Kaufmannsberuf starker Andrang vorhanden ist, und auch sonst besondere Verhältnisse hier vorherrschen, die für den Angestellten nicht immer günstig sind.

Nach der Wahl eines gelernten Berufs sehe man vor allem auch darauf, eine wirklich gute Lehrstelle zu erhalten und benutze dann alle Mittel der staatlichen Gesetzgebung (Prüfungen, Fortbildungseinrichtungen) sowie der Selbstschulung und Selbsthilfe (Vereinswesen), die dazu beitragen können, einen tüchtigen und leistungsfähigen Menschen zu gestalten. Niemals lasse man bei der Berufswahl die Neigung allein ausschlaggebend sein, stets orientiere man sich auch an den vorher aufgeführten beachtenswerten Momenten; man lasse das Kind nicht allein entscheiden, überlege selbst mit, ziehe erfahrene Personen zu Rate. Nur dann, wenn sie so verfahren, dürfen Eltern und Vormünder beruhigt sein, die Pflichten erfüllt zu haben, die sich aus ihrer Stellung ihren Kindern bezw. Schutzbefohlenen gegenüber ergeben!

Briefkasten.

Nach Württemberg. Besten Dank für die Zusendung der Tageszeitungen. Es muß leider gesagt werden, daß unsere Verbandskollegen an vielen andern Stellen in dieser Beziehung vollständig versagen. Und doch ists so leicht und ohne Kosten und Mühe zu machen, alle wichtigen Preßstimmen an die Verbandszentrale einzusenden. — An die Einsender von Berichten: In letzter Zeit laufen wieder fortwährend Berichte ein, die auf beiden Seiten des Papiers beschrieben sind. Wie oft wird es noch gesagt werden müssen, daß alle Einsendungen für die Zeitung nur auf einer Seite beschrieben sein dürfen. Ferner sei nochmals dringend ersucht, für jede Meldung oder Bestellung resp. Notiz fürs Verbandsorgan ein besonderes Blatt Papier zu benutzen und nicht alles mögliche wie Kraut und Rüben ineinander zu verwurfteln. — Das Strafporto nimmt ebenfalls unheimliche Dimensionen an. Sogar Beamte bringen es fertig, ungenügend zu frankieren. Wenn dieser Unfug nicht nachläßt, werden alle nicht oder ungenügend frankierten Sendungen zurückgewiesen werden müssen und an ihre Absender auf deren Kosten zurückgehen. — Nach Essen. Der Artikel über das Urteil des Landgerichts Trier bezüglich der Pensionskasse der Firma Karcher u. Comp. mußte für die nächste Nummer zurückbleiben.

Sterbetafel.

†

Hamm i. W. Am 22. Januar ist unser Kollege Wilhelm Bruse, Drahtzieher, im Alter von 53 Jahren gestorben.

Magdeburg-Gr.-Ottersleben. Am 30. Jan. starb unser Kollege August Fürstenberg, im Alter von 50 Jahren an Asthma.

Mainz. Am 24. Januar verstarb unser Kollege und langjähriger Kassierer Wilhelm Kieser im Alter von 57 Jahren an einem Herzleiden.

Ehre ihrem Andenken.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Augsburg. Samstag, den 12. Februar Versammlung mit Vortrag im Gasthaus „Zur goldenen Glocke". Unterstützung wird bei Fernsemer Josef Rößlebad H 569 (unterm Bogen) von 12—1 und von 6—8 Uhr ausbezahlt.

Altfeld. Sonntag, 13. Februar, abends 8 Uhr Generalversammlung bei Gastwirt Linge. Abrechnung u. Vorstandswahl.

Bromberg. Nächste Mitgliederversammlung mit Vortrag am Sonntag den 20. Februar, nachm. pünktlich 2½ Uhr im Versammlungslokal „Restaurant 4 Schlesie" in Prinzental. Unorganisierte und auch Frauen mitbringen. — Sonnabend den 19. Februar, abends 8½ Uhr Vorstands- und Vertrauensmännersitzung in der Wohnung des Kollegen Richert, Weltzienplatz 2. — Adresse des Vorsitzenden ist: Berthold Siering, Schlesenau Chausseestraße 57. Unterstützungen werden nach wie vor von dem Kassierer Kollegen Richert, Bromberg, Weltzienplatz 2 (Erdgeschoß) an Wochentagen mittags zwischen 1—2 und abends 6—7 Uhr ausgezahlt.

Bochum II. Sonntag, 13. Febr., 11 Uhr Versammlung im Salamander.

Berlin. Sonntag, 13. Februar, nachm. 2 Uhr Generalversammlung Schulz Festsäle, am Königsgraben 14 a. Jahresbericht Kassenbericht und Vorstandswahl.

Cleve. Sonntag, 20. Februar, nachm. 4 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Pauls am gr. Markt. Unorganisierte mitbringen.

Duisburg. Freitag, 11. Februar, abends 8½ Uhr bei Küppers, Manheimerstraße 61. Vortrag.

Duisburg-Großenbaum. Sonntag, 13. Februar, nachm. 5 Uhr bei Crennrius, Sitartsberg.

Duisburg-Rheinhausen. Sonntag, 13. Februar, nachm. 4 Uhr bei Reiß, Bahnhofstr. Generalversammlung und Vorstandswahl.

Darmstadt. Unterstützung zahlt der Vorsitzende Kollege Welp, Rhonring 1 abends von 7 bis 8 Uhr aus.

Düsseldorf Verwaltungsstelle. Sonntag, den 13. Febr., nachmittags 2½ Uhr im Paulushaus, Louisenstr. 35, Generalversammlung. Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen.

Düsseldorf. Sonntag den 20. Februar, vormittags 11 Uhr, im Paulushause wichtige Vertrauensmännerkonferenz. Es haben alle Vorstandsmitglieder der einzelnen Bezirke, wie auch sämmtliche Werkstätten- und Hausvertrauensmänner unbedingt pünktlich zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen.

Dülmen. Sonntag, den 13. Februar, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Löding, vormals Kaute. Referent: Bezirksleiter Hirtsiefer, Essen.

Dortmund. (Ortsverwaltung.) Am Sonntag den 13. Februar, vormittags 11 Uhr, findet die Generalversammlung der Ortsverwaltung statt. Innungslokal ist das christliche Gewerkschaftshaus, Westerbleichstr. 62½. Die Kollegen, besonders auch diejenigen der auswärtigen Ortsgruppen, werden um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Dortmund-Lünen. Sonntag, den 13. Februar, vormittags 11 Uhr, Versammlung bei Möllmann.

Dortmund-Hombruch. Sonntag den 13. Februar, nachmittags 5 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung bei Schnittker.

Dortmund-Wethmar. Sonntag den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, Versammlung bei Aßhoff. Referent: Ebbinghaus von Lünen.

Dülken. Sonntag, den 20. Febr., abends 6 Uhr im Lokale von Nemmden Generalversammlung. Referent: Kollege Arey.

Essen-Altendorf. Sonntag den 20. Febr., abends 6 Uhr Mitgliederversammlung bei Wirtz, Altendorferstraße.

Essen-Nord-Ost. Sonntag den 13. Februar abends 7 Uhr Mitgliederversammlung mit Frauen im „Eiskeller", Neustraße.

Essen-Huttrop. Sonntag den 13. Februar, abends 8 Uhr Generalversammlung bei Stattrop, Steelerstraße.

Essen-Werden. Sonntag den 13. Febr., morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Kimmeskamp, Ruhrstraße.

Essen-Zechenmetallarbeiter. Sonntag, den 13. Febr., abends 6½ Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße.

Essen-Kleingewerbe. Sonnabend, den 19. Febr., abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße.

Essen-Elektromonteure. Freitag, den 18. Febr., abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Verkehrslokale „zur Stadt Elberfeld." Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung müssen alle Kollegen erscheinen.

Eisenach. Samstag, den 12. Febr. abends 8½ Uhr in der Clemda.

Freiburg i. Br. Unterstützung zahlt Kollege Stephan Fensie, Fedderstraße 20, von 6 bis 7 Uhr abends. Vorsitzender Alex. Lauterwaner, Eschholzstraße 71. — Nächste Versammlung 19. Februar 8½ Uhr im Ganterbräu.

Gelsenkirchen-Neustadt. Samstag, den 12. Febr. abends 8 Uhr bei Masius mit Frauen.

Gelsenkirchen-Schalke. Sonntag, den 13. Febr., vorm. 11 Uhr bei Wegener.

Gelsenkirchen-Bulmke. Freitag, den 18. Febr., abends 7 Uhr bei Luig.

Gelsenkirchen-Hüllen. Sonntag, den 20. Febr., vorm. 11 Uhr bei Nachbarschule.

Gelsenkirchen-Ueckendorf. Sonntag, den 20. Februar, nachm. 4 Uhr bei Vatter.

Hattingen. Samstag, 12. Febr., abends 8½ Uhr Generalversammlung bei Haumer, Bruchstraße.

Karlsruhe. Samstag den 12. Februar, abends ½9 Uhr Versammlung mit Vortrag in der Restauration Seithel, Kaiserallee 27. Referent: Unser Bezirksleiter Kollege Wilhelm Thelen aus Mannheim.

Ludwigshafen. Samstag den 19. Februar, abends 9 Uhr Mitgliederversammlung bei Klehr (Grünes Haus).

München. Samstag, den 12. Februar, abends 8 Uhr im Kolosseum Bavariasaal [Eingang Jahnstr.] außerord. Mitgliederversammlung. Referent Centralvorsitzender Kollege Wieber-Duisburg.

Neheim-Hüsten. Sonntag, den 13. Februar, nachm. 4½ Uhr im „Zentralhof" (Oben) Kirchplatz zu Neheim Generalversammlung der Ortsverwaltung mit Vortrag des Kollegen Alex Hagen: „Welches Intresse haben die Metallarbeiter von Neheim-Hüsten an der Erstarkung des christl. Metallarbeiterverbandes?

NB. Abends 7 Uhr öffentliche Arbeiterversammlung. Tema „Die neuesten Maßregeln gegen die Freiheit der Arbeiter."

Oberhausen. (Ortsverwaltung). Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 3½ Uhr Jahres-Generalversammlung mit Vorstandswahl. Die Kollegen von Mülheim (Ruhr), Sterkrade und Frintrop sind dringend eingeladen.

Papenburg. Sonntag, 13. Februar, nachm. 4 Uhr im Verbandslokal Generalversammlung mit Vorstandswahl.

Recklinghausen. Sonntag, 20. Febr., 11 Uhr Versammlung bei Vogt, Münsterstraße.

Sulzbach (Oberpfalz). Sonntag, den 20. Februar, nachm. 3 Uhr General-Versammlung bei Josef Schall in Sulzbach. Referent: Bezirksleiter Konrad. Die Kollegen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Wallau. Samstag, 12. Februar, abends 8 Uhr beim Vorsitzenden Vertrauensmännerversammlung. Die Unterstützungen werden von jetzt ab beim Kollegen Stückes ausbezahlt und zwar Samstags abends von 8 bis 9 und Sonntags von 12 bis 1 Uhr.

Verlag: Franz Wieber. Druck: „Echo vom Niederrhein", G. G. m. b. H. Verantwortlicher Redakteur: Johann Bergmann, sämtlich in Duisbug